

RT DE: News, Analyse und Meinung

Artikel der Woche, 05.04.–11.04.2024

Inhaltsübersicht

News.....	1
Analyse	13
Meinung	29

News

Nichtgläubige dürfen über Kirchen entscheiden: Oberstes Gericht der Ukraine entrechtet Orthodoxe

<https://freedert.online/europa/201646-nichtglaeubige-duerfen-ueber-kirchen-entscheiden/>

05.04.2024

Ein neuer Tiefpunkt der ukrainischen Justiz: Das Oberste Gericht des Landes hat entschieden, dass Konfessionsfremde über die Zugehörigkeit eines Kirchengebäudes entscheiden dürfen. Es macht damit den Weg frei zur weiteren Verfolgung der kanonischen Ukrainisch-Orthodoxen Kirche.

Von Alexej Danckwardt

Die unter staatlichem Verfolgungsdruck stehende Ukrainisch-Orthodoxe Kirche musste am Mittwoch einen Rückschlag in ihrem Bemühen, ihre Zerschlagung auf gerichtlichem Wege abzuwenden, hinnehmen. Das Oberste Gericht der Ukraine wies eine Klage von Gläubigen ab, die sich gegen die Übereignung von Gotteshäusern an die 2019 gegründete ukrainische Nationalkirche "Orthodoxe Kirche der Ukraine" wehrten.

Im konkreten Fall ging es um die Pokrow-Kirche im Dorf Kalinowka im Gebiet Schitomir. Das bis dahin der traditionellen Ukrainisch-Orthodoxen Kirche gehörende Gotteshaus wurde 2019 an die Anhänger der "Orthodoxen Kirche der Ukraine" übertragen, kurz nachdem Letztere auf Betreiben des damaligen Präsidenten Poroschenko gegründet worden war.

Nach geltendem ukrainischen Recht können Angehörige der Gemeinde über die Zugehörigkeit eines Kirchengebäudes zu einer bestimmten Konfession entscheiden. Das Gesetz ist jedoch so unklar formuliert, dass es sowohl die Interpretation zulässt, dass es sich um eine Entscheidung der Kirchengemeinde handle, als auch diejenige, dass die Dorfgemeinschaft, unabhängig vom Glauben, entscheidet. Diese Unklarheit machten sich Machthaber in vielen Ortschaften zunutze, um der Ukrainisch-Orthodoxen Kirche ihre Kirchenbauten zu entreißen.

Auch in Kalinowka verlief die Abstimmung nach diesem Schema: Die Territorialgemeinde versammelte sich, stimmte entgegen den Bestimmungen der Gemeindegatzung ab, dann wurde das Gotteshaus gewaltsam an die "Orthodoxe Kirche der Ukraine" übertragen. Die Kirchengemeinde selbst stimmte für den Verbleib in der kanonischen Ukrainisch-Orthodoxen Kirche. In der Versammlung der Territorialgemeinde stimmten Personen ab, die anderen Konfessionen angehörten oder gar keine Kirchengänger waren.

Das Verfahren entspricht in seiner Absurdität in etwa dem, dass sich katholische Einwohner eines oberbayerischen Dorfes versammeln und über den Konfessionswechsel des Gotteshauses der evangelischen Minderheit abstimmen würden. Oder dass sich die Atheisten in einer ostdeutschen Stadt versammeln und die Übertragung einer Russisch-Orthodoxen Kirche an die Griechisch-Orthodoxe beschließen würden.

Die Gerichte der ersten und der Berufungsinstanz weigerten sich auch, dem Antrag auf Übertragung des Gebäudes an die neu gegründete Nationalkirche stattzugeben. Der Fall ging an die Große Kammer des Obersten Gerichtshofs, das den Konfessionswechsel des Gotteshauses abnickte.

Die nationalistische *Ukrainska Prawda* zitiert den triumphierenden Anwalt der Nationalkirche:

"Generell kann die Bedeutung dieser Entscheidung für den laufenden Prozess des Übergangs der Religionsgemeinschaften der Ukraine von der Ukrainisch-Orthodoxen Kirche Moskauer Patriarchats zur Orthodoxen Kirche der Ukraine ab 2019 kaum überschätzt werden, denn sie wird zu einem Präzedenzfall für alle anderen ähnlichen Streitfälle werden und den Religionsgemeinschaften, die noch zögern, eine Entscheidung zum Austritt aus der UOK-MP zu treffen, Vertrauen in die Rechtmäßigkeit eines solchen Übergangs geben."

Mirosława Berdnik kommentiert die Entscheidung so:

"Was bedeutet das? Es bedeutet, dass Europa eine solche Gesetzlosigkeit als im Einklang mit den europäischen Rechtsnormen stehend betrachtet. Was wird geschehen? Die verfolgten Kirchengemeinschaften werden sich in die Katakomben zurückziehen, werden sich in geheimen Unterkünften oder in Privathäusern sammeln. Die Dorfkirchen werden sich leeren. Die Anhänger der 'Orthodoxen Kirche der Ukraine' werden beginnen, die Gemeinschaften, die sich in die Katakomben zurückgezogen haben, zu verfolgen, indem sie Schlägereien und Pogrome organisieren, wie es kürzlich in Ladyschin geschehen ist."

Seit dem Sieg des nationalistischen Maidan im Februar 2014 steht die kanonische Ukrainisch-Orthodoxe Kirche wegen ihrer traditionellen, wenn auch in letzter Zeit eher symbolischen Zugehörigkeit zum Moskauer Patriarchat (die UOK ist seit 1990 mit weitgehender Selbstverwaltung ausgestattet) unter massivem Druck. Zwei Abspaltungen wurden von den neuen Machthabern seitdem unverhohlen bevorzugt und mit staatlichen Mitteln bedacht, etwa im Rahmen der Einführung der Militärkapläne. Ungehindert, zum Teil sogar mit staatlicher Unterstützung, ergreifen Anhänger der Abspaltungen unter Einsatz von Gewalt Besitz von Kirchen und verdrängen

die traditionellen Gemeinden.

Ende 2018 wurden die Abspaltungen unter der Schirmherrschaft des damaligen Präsidenten Poroschenko zur offiziellen "Orthodoxen Kirche der Ukraine" vereinigt, die 2019 von dem Patriarchen von Konstantinopel als "unabhängig" anerkannt wurde. In der orthodoxen Weltkirche ist dieser Akt umstritten und wird teilweise als ein nicht kanonischer Eingriff in den Hoheitsbereich des Moskauer Patriarchen verurteilt. Nur vier der 15 orthodoxen Weltkirchen haben die "Orthodoxe Kirche der Ukraine" anerkannt. Unter ukrainischen Gläubigen hat die Neugründung bislang nur beschränkte Anerkennung.

Seit 2018 gibt es wiederholt Bestrebungen und politische Initiativen, die Klöster der Ukraine an die neu gegründete Nationalkirche zu übertragen. Wladimir Selenskij, der sich in den ersten zwei Jahren seiner Amtszeit sichtbar aus dem konfessionellen Konflikt heraushielt, hat sich nach Beginn der russischen militärischen Intervention im Februar 2022 offen dazu bekannt, die Ukrainisch-Orthodoxe Kirche vernichten zu wollen.

Inzwischen wurde die Ukrainisch-Orthodoxe Kirche aus ihrem traditionellen Sitz im Kiewer Höhlenkloster vertrieben. Gegen den Abt des Klosters läuft seit einem Jahr ein Strafverfahren. Zahlreiche andere Geistliche wurden wegen ihrer Predigten verhaftet. Im ukrainischen Parlament befindet sich ein Gesetz im Gesetzgebungsverfahren, das ein faktisches Verbot der Ukrainisch-Orthodoxen Kirche bewirken wird.

* * *

Medwedew zählt Macron zu Sponsoren des Terroranschlags auf Konzerthalle bei Moskau

<https://freedert.online/europa/201807-medwedew-zaehlt-macron-zu-sponsoren/>

06.04.2024

Zwei Wochen nach dem Terroranschlag auf die Konzerthalle Crocus City Hall fasst Russlands Ex-Präsident Dmitri Medwedew seine Haltung zu den Tätern und Hintermännern der blutigen Attacke zusammen. Zu deren Sponsoren zählt er auch Frankreichs Staatschef Emmanuel Macron.

Der Vize-Chef des Sicherheitsrates der Russischen Föderation, Dmitri Medwedew, hat sich am Samstag auf Telegram zu den Tätern und Hintermännern des blutigen Terroranschlags auf die Konzerthalle Crocus City Hall bei Moskau geäußert. Zwei Wochen nach der Attacke mit mehr als 140 Getöteten bezeichnete der ehemalige Präsident in gewohnter Manier die Täter als "unterentwickelte Bastarde". Obwohl es zahlreiche Hinweise auf ihre Zugehörigkeit zur Terrormiliz "Islamischer Staat" gebe, seien diese "Miststücke" alles andere als religiöse Fanatiker, die bereit seien, für ihren Glauben zu sterben. Medwedew machte darauf aufmerksam, dass die Täter keine IS-Symbole verwendet hätten.

"Sie sind primitive Auftragsmörder, denen man das Schießen beigebracht hat und die für relativ wenig Geld angeworben wurden."

Dabei unterstütze der hochrangige Beamte die These, wonach die Verantwortung des IS für das Attentat eine "Legende" sei. Die Terrormiliz habe diese Erfindung aufgegriffen, um davon zu punkten, wie es bei Terroristen üblich sei. Gleichzeitig ließ Medwedew offen, ob auch sie dafür Geld bekommen haben könnten.

"Die wahren Organisatoren verbergen sich aber bislang im Schatten des IS."

Denn schon die ersten gewonnenen Erkenntnisse, darunter aus der Untersuchung der Smartphones der Täter, würden unzweideutig auf Amtsträger der "nazistischen" Ukraine verweisen. Das Wort "Ukraine" schrieb Medwedew dabei in Anführungszeichen. Ihr Plan sei es gewesen, die Misserfolge an der Front mit Terroranschlägen auszugleichen.

"Sie werden sich entweder nach dem Gesetz oder anders verantworten müssen. So wie man sich mit Terroristen weltweit auseinandersetzt. Ohne Verjährungsfrist."

Ferner schrieb Medwedew, dass es ziemlich viele Mittäter gebe. Zu diesen zählte der Vize-Chef des Sicherheitsrates auch jene Personen, die den Angreifern das Schießen beigebracht oder die sie mit Geld unterstützt hatten. Viel interessanter seien aber die internationalen Sponsoren der Terroristen. Zu ihnen gehörten demnach auch höchste Amtsträger in NATO-Ländern. Als Beispiel führte Medwedew den französischen Staatschef Emmanuel Macron an. Mit Blick auf seine Unterstützung für die Regierung in Kiew erklärte der russische Spitzenbeamte:

"Seine Rhetorik, seine Handlungen und – was am wichtigsten ist – seine Zustimmung zu geheimen Operationen mit dem Bandera-Regime können durchaus als Beihilfe zu dem Terrorakt vom 22. März qualifiziert werden."

In Bezug auf die widersprüchlichen Angaben zum jüngsten Telefonat zwischen den Verteidigungsministern Russlands und Frankreichs, Sergei Schoigu und Sébastien Lecornu, schrieb der Vize-Chef des Sicherheitsrates, dass der "Liebhaber von Austern mit Champagner" sich dermaßen dreckig gemacht habe, dass er seine Untergebenen öffentlich jede Verwicklung Frankreichs in das Attentat habe abstreiten lassen. Medwedew zeigte sich von solchen Beteuerungen nicht überzeugt.

"Es liegt auf der Hand, dass Macron und eine Reihe von anderen westlichen Führern Sponsoren dieses ungeheuren Terroraktes sind. Dafür gibt es keine Vergebung."

Seinen Telegram-Eintrag schloss Medwedew mit den Worten, dass die Sponsoren des Terroranschlags von nun an "nicht bloß Feinde Russlands" seien.

Am Abend des 22. März hatten mehrere bewaffnete Männer in der Konzerthalle Crocus City Hall in der Nähe der russischen Hauptstadt Moskau das Feuer eröffnet. In dem Gebäude brach ein Brand aus. Zu dem Massaker bekannte sich die Terrormiliz Islamischer Staat. Einige Wochen zuvor hatten die USA die russischen Sicherheitsbehörden vor einem möglichen Attentat gewarnt, ohne jedoch konkrete Details mitzuteilen. Infolge der Attacke vor knapp zwei Wochen kamen nach jüngsten Angaben 144 Menschen, darunter Staatsbürger Moldawiens, Armeniens und Weißrusslands, ums Leben. Die russischen Sicherheitsbehörden nahmen am 23. März im Grenzgebiet Brjansk vier mutmaßliche Täter aus Tadschikistan fest. Außerdem wurden mehrere Verdächtige festgenommen, die an der Vorbereitung des Anschlags beteiligt gewesen sein sollen. Mehrere russische Amtsträger warfen der Ukraine vor, für die Attacke verantwortlich zu sein.

* * *

Kredite statt weiterer Hilfen? Selenskij wirft den USA Geiz, Großmäuligkeit und Unreife vor

<https://freedert.online/international/201898-kredite-statt-weiterer-hilfen-selenskij/>

07.04.2024

Die Ukrainer werden ungeduldig – im Umfeld von Selenskij wächst der Unmut über die US-Politik, die den Geldfluss an die Ukraine gestoppt hat. Geben die USA die Gelder nicht frei, so der Vorwurf, würden sie ihrer Rolle als Weltpolizist nicht mehr gerecht.

Die Probleme in der Ukraine sind zu einem Streitthema der US-Innenpolitik geworden. Dies gefährde die Fähigkeit seines Landes, gegen Russland zu kämpfen, beklagte Wladimir Selenskij in einem Interview. Zum jetzigen Zeitpunkt, erklärte er am Samstag im ukrainischen Fernsehen, sei Kiew für jede Art von Unterstützung aus Washington dankbar, auch in Form eines Kredits.

Selenskij äußerte die Hoffnung, dass der US-Kongress ein zusätzliches Hilfspaket für Kiew, das seit Monaten in der Schwebe ist, genehmigen wird. Die lang erwartete Hilfe bezeichnete er als entscheidend. Er äußerte die Hoffnung auf ein "positives Votum des US-Kongresses".

"Leider sind wir eine Geisel der Tatsache, dass [in den USA] derzeit ein Wahlkampf tobt. Russlands Krieg gegen die Ukraine ist inzwischen zu einem innenpolitischen Thema in den Vereinigten Staaten geworden", so Selenskij. Er tadelte die US-Gesetzgeber für ihre "unausgereifte Herangehensweise" an den Konflikt und die globale Sicherheit im Allgemeinen.

US-Präsident Joe Biden drängt den Kongress seit mehreren Monaten, das von seiner Regierung geplante Hilfspaket zu verabschieden, das 60 Milliarden Dollar für die Ukraine vorsieht. Viele Republikaner lehnen die Maßnahme ab und fordern mehr Anstrengungen zur Stärkung der Sicherheit an der mexikanischen Grenze.

Selenskij deutete an, dass Kiew die Hilfe der USA auch in Form eines Kredits akzeptieren würde. "Wissen Sie, ein Senator war kürzlich da und fragte: Würden Sie einem Kredit zustimmen? Seien wir ehrlich: Wir werden jeder Option zustimmen", sagte er und fügte hinzu, dass das Schicksal der Ukraine auf dem Spiel stehe.

Selenskij bezog sich damit auf den hochrangigen republikanischen Senator Lindsey Graham (in Russland als Terror-Unterstützer gelistet – Anm. der Red.), der im vergangenen Monat nach Kiew gereist war, um für die Kreditidee zu werben, die zuvor vom republikanischen Präsidentschaftskandidaten Donald Trump ins Spiel gebracht worden war. Graham behauptete damals, er habe Selenskij direkt angesprochen und ihm gesagt: "Es ist nicht unfair, wenn ich Sie und andere Verbündete darum bitte: Zahlen Sie es uns später zurück, wenn Sie können."

Daraufhin berichtete *Politico*, dass Kiew zwar bereit sei, den Vorschlag in Betracht zu ziehen, einige ukrainische Beamte ihn jedoch als "etwas beleidigend" empfänden. Zu diesen gehört mit großer Sicherheit der Berater des Präsidentschaftsamt Michael Podoljak. In einem Fernsehgespräch am Samstag kritisierte er die Vereinigten Staaten deutlich schärfer als der ukrainische Präsident.

In dem Gespräch empfahl Podoljak den USA, sich zu entscheiden, ob sie weiterhin eine globale Führungsrolle einnehmen oder sich isolieren und vorrangig in der Innenpolitik engagieren wollen. Wenn sich das Land für die erste Option entscheide, sollte es die Verabschiedung des Gesetzentwurfs über die Hilfe für die Ukraine nicht länger hinauszögern. "Wenn Russland diesen Krieg gewinnt, wird die Welt ganz anders aussehen", sagte er.

"Wenn man eine globale Führungsmacht sein will, muss man darein investieren. Wenn man dazu nicht bereit ist, muss man sich zu erkennen geben und sagen, dass wir dem nicht gerecht werden können, wie wir ständig über uns selbst reden. Denn heute sieht es ein wenig seltsam aus", so Podoljak.

61 Milliarden Dollar seien ein ganzes Stück weniger als der Militärhaushalt, der bereits beschlossen wurde. Und es sei eine Investition in den Ruf der USA als weltpolitische Führungsmacht. "Wir warten darauf, dass die USA erkennen, dass ihr Ruf sehr wichtig ist. Wenn man so aussehen will, wie man ständig über sich selbst spricht, ist es wünschenswert, in dieses entsprechende Geld zu investieren", erklärte Podoljak.

Der Präsidentenberater wies zudem darauf hin, dass die Hauptunterstützung für die Ukraine derzeit nicht von den USA, sondern von europäischen Ländern geleistet werde. Darüber hinaus versicherte Podoljak, dass die Ukraine auch über eigene Ressourcen verfüge, um diesen Krieg zu führen.

Der Sprecher des Repräsentantenhauses, Mike Johnson, signalisierte am Anfang des Monats, dass das Hilfspaket mit "einigen wichtigen Neuerungen" bald zur Abstimmung kommen könnte. Diese umfassen unter anderem die Vorschläge, ein Darlehen an die Ukraine zu verlängern sowie eingefrorene russische Staatsgelder zu beschlagnahmen und nach Kiew zu transferieren. Moskau hat die Beschlagnahmung der Gelder als "Diebstahl" bezeichnet und vor Vergeltungsmaßnahmen gewarnt, falls es zu diesem Schritt kommen sollte.

* * *

In Kiewer Buchläden: Die Memoiren des kroatischen Kriegsverbrechers Pavelić

<https://freedert.online/europa/201542-memoiren-kroatischen-kriegsverbrechers-und-kiews-neue-flirts-mit-dem-faschismus/>

08.04.2024

In ukrainischen Buchhandlungen sind die Memoiren des Kriegsverbrechers des Ustascha-Regimes und narzisstischen Führers des "Unabhängigen Staates Kroatien" (NDH) Ante Pavelić erschienen. Das sorgt selbst in Kiew für Irritationen.

Von Marinko Učur

Unter den Überschriften "Unglaublich" und "Ist das möglich" veröffentlichten regionale Medien frappante Informationen darüber, dass Memoiren des Kriegsverbrechers des Ustascha-Regimes und narzisstischen Führers des "Unabhängigen Staates Kroatien" (NDH) Ante Pavelić in ukrainischen Buchhandlungen erschienen sind.

Die Nachkommen der Opfer und die wenigen Überlebenden der Verbrechen der Ustascha und des Konzentrationslagers Jasenovac, in dem 700.000 Serben, Juden und Roma ermordet wurden, schlugen sofort Alarm. Jeder fragt sich, wie es möglich ist, dass es in der modernen Ukraine, 79 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs und der Niederlage der faschistischen, nazistischen Ideologie des Ustascha-Staates, zur "Reinkarnation" von Pavelićs Werk "Za dom spremni" (Für die Heimat – Bereit!) kommt.

Die Nachricht wäre möglicherweise nicht überzeugend gewesen, wenn nicht auch das ukrainische Portal *STRANA.ua* diese Informationen veröffentlicht hätte, woraufhin serbische und jüdische Vereine, deren Angehörige größte Opfer der Verfolgung durch das Ustascha-Regime und des Völkermords waren, "Alarm schlugen".

Vielen von ihnen ist klar, dass sich selbst das moderne Kroatien, Mitglied der Europäischen Union, nicht ausreichend von der Nazi-Vergangenheit und der Rassenideologie der Ustascha distanziert hat. Aber Brüssel reagiert üblicherweise nicht und ist taub gegenüber Warnungen, dass die Neo-Ustascha-Bewegung in Kroatien erstarkt, was sich in der Intoleranz gegenüber den verbliebenen Serben widerspiegelt, die nicht vertrieben wurden und immer noch in diesem Land leben.

Nationalistische Ausbrüche kommen häufig vor, und es vergeht kaum ein Tag ohne Informationen über das Auftauchen antiserbischer und antisemitischer Graffiti in diesem Land, das sich 1941–1945 deklarativ von seiner Nazi-Vergangenheit distanziert hat.

Daher ist es auch wenig überraschend, dass ukrainische Neonazis und Anhänger von Stepan Bandera eine Formel gefunden haben, die sie irgendwie mit kroatischen narzisstischen Gleichgesinnten verbindet und nicht nur auf ihre gemeinsame ideologische Vergangenheit, aber, so scheint es, auch auf die Gegenwart hindeutet. Denn es stellt sich die Frage, aus welchem Grund gerade jetzt dieses Buch in den Schaufenstern der ukrainischen Buchhandlungen erschien, zur Zeit des Aufstiegs des Nationalsozialismus in einem Teil der dem Kiewer Marionettenregime nahestehender ukrainischen Öffentlichkeit.

Auch die Tatsache, dass Pavelićs Buch bereits in einigen Kiewer Buchhandlungen ausverkauft wurde, überrascht nicht. In der E-Buchhandlung (der größten Online-Buchhandlung in der Ukraine) wurde das Buch von ursprünglich 11,50 Euro auf 8,90 Euro reduziert, was die Absicht der Einzelhändler und derjenigen, die Bandera, Pavelić und andere Kriminelle rehabilitieren würden, bestätigt, es so weit wie möglich der breiten ukrainische Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

Die Memoiren des Ustascha-Henkers Ante Pavelić mit dem Titel "Für die Heimat – Bereit!", was der offizielle Ustascha-Gruß in der NDH war, der noch heute von kroatischen Rechten und Nationalisten provokativ verwendet wird, um die Gefühle der Opfer zu beleidigen, werden in großen Buchhandlungen verkauft. Die Vorstellung von Pavelićs Werk löste erwartungsgemäß Kritik bei ukrainischen jüdischen Organisationen aus.

Eduard Dolinsky, seit 2008 Exekutivdirektor des Ukrainischen Jüdischen Komitees, weist darauf hin, dass die Bücher aus dem Zusammenhang gerissen seien und sieht darin einen Versuch, die Verbrechen zu verharmlosen und die Hände des Führers der Ustascha-Bewegung reinzuwaschen. Denn weder in ihnen noch in den Begleitnotizen findet sich ein einziges Wort über die Verbrechen des Ustascha-Regimes.

"Pavelić war der Chef der Marionettenregierung Kroatiens, eines Verbündeten von Nazi-Deutschland in den Jahren 1941–45, der Henker von Juden, Serben und Roma", betonte Dolinsky und erklärte, dass Pavelićs Hände mit dem Blut von mehr als 30.000 kroatischen Juden befleckt seien, von denen die meisten im Konzentrationslager Jasenovac ermordet wurden.

Diese schrecklichen historischen Tatsachen werden jedoch in den Memoiren des Faschisten Pavelić nicht einmal erwähnt, denn in Kroatien wollen ihn heute immer noch einige regierungnahe Kreise rehabilitieren und halten in der katholischen Kirche Gottesdienste zu seinem Gedenken ab.

Es ist bekannt, dass die katholische Kirche während des Zweiten Weltkriegs bei vielen Verbrechen der Anhänger von Ante Pavelić die Augen verschlossen hat, und ebendarum vermeidet der Vatikan seit Jahren die Heiligsprechung des Zagreber Kardinals Alojzije Stepinac, was sich Zagreb sehnlichst wünscht.

Erkennt das Regime in Kiew die Besorgnis über diesen Skandal und die Gefahr, die der

Revisionismus mit sich bringt? Der Verkauf der Memoiren des Kriegsverbrechers hat auch in der Ukraine selbst für Kritik gesorgt, wichtiger ist jedoch, dass die Wahrheit und die festgestellten historischen Fakten in keiner Weise infrage gestellt werden.

* * *

Russlands Außenaufklärung: US-PMCs werben Drogenkartell-Mitglieder für Ukraine-Krieg an

<https://freedert.online/international/202098-russlands-aussenaufklaerung-us-pmcs-werben/>
09.04.2024

US-Söldnerkontore werben Mitglieder mexikanischer und kolumbianischer Drogenkartelle zur Teilnahme am Ukraine-Krieg an, die in den USA gerade ihre Gefängnisstrafen absitzen. Laut des russischen Außenaufklärungsdienstes SWR leiten das FBI und die DEA diese Maßnahme.

US-ansässige private Militärunternehmen (PMC – private military contractor) haben die Anwerbung von Mitgliedern mexikanischer und kolumbianischer Drogenkartelle begonnen, die im Lande gerade ihre Gefängnisstrafen absitzen. Besagte Banditen sollen an Kampfhandlungen im Stellvertreterkrieg des kollektiven Westens gegen Russland in der ehemaligen Ukrainischen SSR auf Kiewer Seite kämpfen. Dies teilt der Pressedienst des SWR mit, des Ausland-Aufklärungsdienstes der Russischen Föderation.

RIA Nowosti zitiert:

"Der Ausland-Aufklärungsdienst der Russischen Föderation gibt hiermit bekannt, dass die USA bei ihren Versuchen, einen Tendenzbruch auf dem ukrainischen Gefechtsfeld herbeizuführen, immer verzweifelte Methoden anwenden: Sie füllen die Reihen der demoralisierten Kämpfer des ukrainischen Militärs mit dahergelaufenem multinationalem Abschaum auf, solange dieser nur einen Hang zu bewaffneter Gewalt aufweist.

Vom SWR Russlands erhaltene Daten besagen: US-PMCs haben unter der Leitung der Verwaltungsstelle für Drogenbekämpfung (DEA, Drug Enforcement Administration) und des FBI begonnen, zu diesen Zwecken Vertreter mexikanischer und kolumbianischer Drogenkartelle anzuwerben, die in den US-Gefängnissen Haftstrafen absitzen. Diese sollen am Ukraine-Konflikt auf der Seite des zunehmend verkommenen Kiewer Regimes teilnehmen."

Söldner aus Lateinamerika, nicht zuletzt solche aus Kolumbien, kämpfen bereits seit geraumer Zeit in den Reihen des ukrainischen Militärs. Auch die Anwerbung von Söldnern durch westliche Militärunternehmen zu diesen Zwecken ist nicht neu. Das wirklich Neue ist die Anwerbung von Schwerstkriminellen US-Gefängnisinsassen hierfür.

Washington beabsichtige, die erste Partie aus mehreren Hundert Söldnern, die es aus Reihen verurteilter Drogenkartellmitglieder anwerbe, schon im Sommer 2024 in die ehemalige Ukrainische SSR zu entsenden. Ihnen wurde die vollständige Begnadigung versprochen – die US-Seite rechne damit, dass sie nie zurückkehren werden, betont der SWR. Diese Schwerkriminelle aus den US-Haftanstalten seien jedoch bloß der Beginn, betont man beim Geheimdienst:

"Falls das Pilotprojekt zum Auffüllen der Reihen des ukrainischen Militärs mit lateinamerikanischen Straftätern gelingt, dann wird das Rekrutierungsprogramm für Schinder und Sadisten fortgesetzt – und sogar um Verbrecher aus anderen Ländern

ausgeweitet, wo eine schwere kriminogene Lage registriert wird."

Indes laufe die Anwerbung von Drogenkartell-Mitgliedern nicht gänzlich problemfrei, präzisiert der SWR. Nicht zuletzt gehe ohne Einverständnis der Drogenbarone nicht einer von deren Untergebenen die Zusammenarbeit mit den US-Behörden ein. Besagte Drogenbarone aber wollen ihre Männer so teuer wie möglich verkaufen, womit sie das US-Programm in dessen Kernzweck untergraben.

Experten erinnern: Viele Mitglieder von Drogenkartellen, zum Beispiel der Banden Los Zetas und Sinaloa, kommen aus Spezialeinheiten ihrer jeweiligen Heimatländer und haben schon deswegen reichlich Kampferfahrung. Sie sind gut im Umgang mit Waffen, haben Verständnis von Taktik und sind zumindest teilweise recht diszipliniert. Aus ihrer Zeit bei den Kartellen bringen sie außerdem Kampferfahrung spezifisch gegen reguläre Militärtruppen mit.

Nicht zuletzt sind sie auch gegenüber Menschenleben extrem gleichgültig und dabei maßlos brutal. Alexander Koz, russischer Kriegsberichterstatter, macht aufmerksam:

"Das Internet ist rappellvoll mit Videomaterial von ihren blutigen Strafaktionen gegen Konkurrenten, das jedem IS-Terroristen Tränen in die Augen treiben würde."

Auch TASS zitiert den russischen Außengeheimdienst – nicht zuletzt mit folgendem Fazit:

"Natürlich ruft die Aussicht einer weiteren Anschwemmung ausländischer Glücksritter aus den Reihen von Serienmördern, Drogenjunkies und Vergewaltigern an die leiderprobtan Länder der Russischen Welt Besorgnis hervor. Doch die Pläne der US-Amerikaner, auf diese Weise einen taktischen Vorteil auf dem Schlachtfeld zu erringen, sind dem Krach geweiht. Joe Bidens Regierung quitiert damit de facto ihre eigene Impotenz – und führt uns ein weiteres Mal vor, wie bankrott das durch sie aufgepöppelte Kiewer Regime eigentlich ist."

Mitte März 2024 gab Russlands Verteidigungsministerium bekannt, dass im Verlauf der militärischen Sonderoperation 13.387 in der Ukraine zum Kampf auf Seiten des Kiewer Regimes aufschlugen.

Erfolgreich liquidiert wurden in dieser Zeit 5.962 der besagten Kämpfer.

Führender Lieferant dieser Glücksritter ist bislang Polen mit 2.690 Mann – ebenso wie bezüglich der Verluste, die da 1.497 Tote betragen. Es folgt Georgien mit 1.042 Söldnern, davon 561 Mann bereits beseitigt. Das US-stämmige Söldneraufgebot in der Ukraine verlor 491 von 1.113 Mann – ähnlich wie das kanadische mit 422 von 1.005, das britische mit 360 von 822 Mann und das rumänische mit 349 von 784. Mit großem Rückstand folgt die BRD mit 235 in die Ukraine angereisten Söldnern – vernichtet wurden von ihnen bezeichnenderweise 88.

* * *

Nachlese zur Slowakei-Wahl: Wichtigster Wahlhelfer Pellegrinis war Macron, nicht Putin

<https://freedert.online/europa/202206-nachlese-zur-slowakei-wahl-wichtigster/>

10.04.2024

In der Slowakei hat der sich gegen Waffenlieferungen aussprechende Pellegrini die Präsidentenwahl gewonnen. Die EU wittert russische Einflussnahme. Wahrscheinlicher jedoch ist, dass Macron mit seinen Kriegs- und Eskalationsplänen erschreckt hat.

Dass Wähler sich aufgrund rationaler Überlegungen für einen anderen Kandidaten aussprechen als für den, den man sich in Brüssel und Berlin wünscht, kann man sich dort nicht vorstellen. Zur Begründung, warum die Wähler in der Slowakei sich gegen Brüssels Lieblingskandidaten entschieden haben, werden Verschwörungserzählungen herangezogen. Putin und die russische Propaganda ist schuld. Eine andere, rationalere Erklärung ist jedoch wahrscheinlicher.

Am vergangenen Samstag gab es eine Stichwahl in der Slowakei. Im Rennen um das Präsidentenamt konnte sich der nach EU-Auffassung "russlandfreundliche" Peter Pellegrini durchsetzen. Die *Tagesschau* hatte schnell ein einordnendes Prädikat zur Hand: Pellegrini sei "Populist". Sie macht damit auf ein Qualitätsproblem des deutschen Journalismus aufmerksam. Dort wird immer dann offen diskriminiert, wenn ein Politiker an die Macht kommt, der programmatisch vom in Deutschland etablierten Narrativ abweicht. So auch hier. Auch Brüssel behauptete, Pellegrini verdanke seine Wahl russischer Desinformation.

Der Blog des unabhängigen Journalisten Eric Bonse, *Lost in Europe*, rückt diese simplifizierende und wenig differenzierende Einordnung zurecht.

Pellegrini sei nicht nur schlicht der beliebteste Politiker, sondern stehe auch für Frieden statt für Konfrontation, schreibt der Blog unter Berufung auf die London School of Economics. Pellegrini lehnt wie der Ministerpräsident der Slowakei, Robert Fico, Waffenlieferungen an die Ukraine ab und plädiert für Verhandlungen.

Wahlhilfe bekam Pellegrini daher nicht von Putin, sondern vom französischen Präsidenten Emmanuel Macron. Der habe mit seinen Aussagen über eine mögliche Entsendung von französischen Truppen in die Ukraine schlicht die Angst der Slowaken vor einer Ausweitung des Ukraine-Kriegs geschürt.

"Das hat mit russischer 'Desinformation' nichts, mit französischer Kriegsrhetorik jedoch sehr viel zu tun. Wenn diese Analyse stimmt, dann ist nicht Putin am Sieg Pellegrinis 'schuld', sondern Macron!", schreibt Bonse.

Die plumpe Einteilung in Russland- oder EU-freundlich wird der komplexen Gemengelage nicht gerecht und reicht zu einer Einordnung der Wahlergebnisse in der Slowakei nicht aus, weist Bonse nach.

Und das, was für die Slowakei gilt, gilt selbstverständlich auch für andere Länder. Die unterkomplexen Erklärungen des deutschen Mainstreams und von Politikern der EU sind nicht nur unangemessen, sie sind schädlich. Denn sie verhindern eine umfassende und detaillierte Analyse und eine Anpassung der eigenen Politik an die gegebenen Verhältnisse.

Wer meint, die Wahl eines Kandidaten sei ausschließlich auf seine "Russlandfreundlichkeit" und auf russische Desinformation zurückzuführen, überdenkt nicht die eigene Politik, sondern greift zum Mittel der Zensur, um weitere "Desinformation" zu unterbinden. Damit ist ein grundlegendes Problem der EU wohl treffend zusammengefasst.

* * *

Cancel-Culture: Uni Köln lädt US-Philosophin wegen Israelkritik aus

<https://freedert.online/inland/202336-cancel-culture-us-philosophin-wegen/>

11.04.2024

Die Universität zu Köln hatte die jüdische Philosophin Nancy Fraser zu einer Gastvorlesung eingeladen. Nach Kritik an Israel wurde sie wieder ausgeladen. Der Fall reiht sich ein in eine Serie, in der vor allem jüdische Denkerinnen vom deutschen Wissenschaftsbetrieb gecancelt werden.

Deutschland wiederholt aktuell seine historisch gemachten Fehler. Einer davon war, die Freiheit der Wissenschaft staatlicher Ideologie unterzuordnen. Nach Jahrzehnten des Bekenntnisses, diesen Fehler nie wiederholen zu wollen, passiert nun in Deutschland genau das: Die Fehler der Vergangenheit werden wiederholt.

Hochschullehrer werden erneut gecancelt, der Diskurs wird verkürzt und die Meinungsfreiheit sowie die Freiheit der Wissenschaft werden immer weiter eingeschränkt. Der Platz am Katheder ist erneut von einem Bekenntnis zur ideologischen Sichtweise der deutschen Regierung abhängig. Diese umfasst aktuell unter anderem das Bekenntnis zur bedingungslosen Solidarität mit Israel. Diese Solidarität schließt auch die rechtsextremistische israelische Regierung mit ein.

Kritik an Israel ist untersagt, wurde in den vergangenen Monaten deutlich. Zum jüngsten Opfer der Wiederholung deutscher Repression wurde die US-amerikanische Philosophin Nancy Fraser. Sie wurde von einer Gastvorlesung an der Universität zu Köln ausgeladen, nachdem dort bekannt geworden war, dass sie im November eine gemeinsame Erklärung "Philosophy for Palestine" unterzeichnet hatte. Dort heißt es:

"Wir sind Philosophen in Nordamerika, Lateinamerika und Europa, die öffentlich und unmissverständlich unsere Solidarität mit dem palästinensischen Volk zum Ausdruck bringen und das anhaltende und immer weiter eskalierende Massaker anprangern, das Israel in Gaza mit finanzieller, materieller Unterstützung und ideologische Unterstützung unserer Regierungen verübt."

Diese Kritik ging der Universität zu Köln zu weit. Sie widerrief die Einladung zur Gastvorlesung. Geplant war dabei ganz ausdrücklich keine Vorlesung zum Nahost-Konflikt, sondern eine Vorlesung zum aktuellen Buchprojekt Frasers, das sich mit dem Thema Arbeit in kapitalistischen Gesellschaften befasst.

Die Universität argumentiert, die Aussagen in der von ihr unterzeichneten Erklärung seien mit der Haltung der Universität zum Nahost-Konflikt sowie mit den Beziehungen zu israelischen Partneruniversitäten unvereinbar. Vermutlich ist dabei das Klima an diesen israelischen Partneruniversitäten deutlich freier als das Klima an deutschen Universitäten. Die Kritik an der israelischen Regierung und ihrem Vorgehen in Gaza ist in Israel auf den Straßen präsent. In Deutschland sind derartige Proteste gegen die israelische Regierung dagegen derzeit unvorstellbar.

Die Absage an Nancy Fraser reiht sich ein in eine Reihe ähnlicher Vorfälle. Die Philosophin Judith Butler hatte im Jahr 2012 von der Stadt Frankfurt am Main den Adorno-Preis verliehen bekommen. Wegen ihrer Kritik am Vorgehen Israels in Gaza und ihrer Unterstützung der Boykott-Bewegung BDS gibt es nun Forderungen nach Aberkennung des Preises. Auch die Verleihung des Hannah-Arendt-Preises für politisches Denken an Masha Gessen wurde von einem Skandal überschattet. Die den Grünen nahestehende Heinrich-Böll-Stiftung und der Bremer Senat hatten ihre Teilnahme an der Preisverleihung abgesagt. Grund: Gessen hatte die aktuelle Situation in Gaza mit der im

Warschauer Ghetto verglichen.

Pikant an den Vorgängen ist, dass es sich bei Fraser, Butler und Gessen um Jüdinnen handelt. Fraser lehrt zudem an der in New York ansässigen New School, die unter anderem Hannah Arendt, ebenfalls Jüdin, ein wissenschaftliches Exil während der Zeit des Nationalsozialismus bot. Theodor Adorno, der Namenspatron des an Butler verliehenen Adorno-Preises, ging als jüdischer Denker ebenfalls ins Exil in die USA. Allen diesen Denkern gemeinsam ist darüber hinaus ihr Bemühen um das Verstehen der Bedingungen für die Entstehung von Totalitarismus.

Dass sich nun gegen genau diesen Personenkreis jüdischer Intellektuelle die neue deutsche Säuberungswut richtet und sie aus dem wissenschaftlichen Diskurs ausgegrenzt werden, sollte als Alarmsignal gelten. Deutschland erkennt offenbar die Zeichen der Wiederkehr des Totalitarismus in den eigenen Reihen nicht.

Fraser weist in einem Interview mit der *Frankfurter Rundschau* daraufhin, dass dieser Rückfall dem Wissenschaftsstandort Deutschland erheblichen Schaden zufügen wird. Die Initiative "Strike Germany", die zum Boykott der Zusammenarbeit mit deutschen Kultureinrichtungen aufruft, erhält immer mehr Unterstützer.

Die bedingungslose Unterstützung Israels und die Leugnung der israelischen Kriegsverbrechen durch hochrangige deutsche Politiker wie beispielsweise Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) wird international mit großer Irritation aufgenommen. Deutschland wurde deshalb inzwischen vor dem Internationalen Gerichtshof (IGH) in Den Haag verklagt.

* * *

Analyse

NATO-Mission in der Ukraine: Vereinheitlichung der Eskalation

<https://freedert.online/international/201722-nato-mission-in-ukraine-vereinheitlichung/>

05.04.2024

Nach dem NATO-Gipfel in Brüssel hat Polens Außenminister die Gründung einer Mission der Allianz in der Ukraine angekündigt. Obwohl diese seinen Zusicherungen zufolge nicht an Kämpfen teilnehmen soll, handelt es sich hierbei um eine weitere bewusste Eskalation des Konflikts.

Von Boris Roschin

Die Gründung einer neuen NATO-Mission in der Ukraine, die vom polnischen Außenminister Radosław Sikorski angekündigt wurde, ist bereits aus der Phase einer eventuellen Bedrohung in die Phase einer praktischen Umsetzung übergegangen. Diesem Beschluss werden konkrete Schritte zu seiner Verwirklichung folgen. Als Informationshintergrund wurden zusätzlich zu dieser Ankündigung äußerst pessimistische Einschätzungen der Perspektiven des ukrainischen Militärs an der Frontlinie ohne eine substanzielle Zunahme der NATO-Einmischung in die Kämpfe geäußert.

Gegenwärtig wird die Einrichtung der NATO-Mission in der Ukraine damit erklärt, dass die Allianz als einheitliche Struktur die Ausbildung des ukrainischen Militärpersonals sowohl auf eigenem, als auch auf ukrainischem Gebiet intensivieren werde. Das bedeutet, dass die Präsenz von NATO-Ausbildern auf dem Territorium der Ukraine weiter zunehmen wird. Dabei kann beliebiges zusätzliches und unangemeldetes Personal, das die NATO in die Ukraine bringt, mit Behauptungen gedeckt werden, dass es "Ausbilder" seien.

Stand April 2024 ist es eine offensichtliche Tatsache, dass die NATO am Krieg in der Ukraine bereits vollwertig teilnimmt und dort ihre regulären Kräfte einsetzt, die als Söldner und "Freiwillige" getarnt sind. Jetzt werden noch die offiziellen "Ausbilder" dazustoßen.

Zusicherungen der NATO, dass es keine regulären Truppen der Allianz in der Ukraine geben werde, dienen als bloßer Nebelschirm und informationelle Tarnung, um in der nächsten Phase die Verantwortung für die Eskalation Russland anzulasten. Die Aktionen der NATO, darunter im Rahmen der Ukraine-Mission, sollen dabei als defensiv und erzwungen dargestellt werden. Dabei ist es überaus offensichtlich, dass gerade die NATO die Eskalationsspirale hochschraubt in der Einsicht, dass beim laufenden Tempo der Kampfhandlungen das ukrainische Militär unweigerlich verlieren wird. Andere Szenarien, Selenskijs Regime zu retten, als zu eskalieren und sich aktiver in den Krieg in der Ukraine einzumischen, hat die NATO schlicht nicht.

Zum zweiten wichtigen Aspekt der Tätigkeit der NATO-Mission in der Ukraine wird der Versuch werden, in diesem Rahmen Munitions- und Waffenlieferungen aus den Mitgliedsländern der Allianz zu steigern. Mit großer Wahrscheinlichkeit werden die NATO-Arsenale leer gefegt, möglicherweise auch zulasten der eigenen Verteidigungsfähigkeit einiger Länder.

Die Initiative zur Gründung der Mission wurde von Aufrufen der NATO-Führung begleitet, die verpflichtenden Verteidigungsausgaben für Mitgliedsstaaten der Allianz von zwei auf drei Prozent zu erhöhen, einen Einheitsfonds im Wert von 100 Milliarden US-Dollar anzulegen sowie der Aufstellung von obligatorischen Zeitplänen für Waffen- und Munitionslieferungen an die Ukraine

zuzustimmen.

Im Grunde betreibt die NATO heute eine Festigung von Organisationsstrukturen, die gewährleisten sollen, dass die Allianz am Konflikt dauerhaft teilnimmt – sowohl in Hinsicht auf Waffen-, Technik- und Munitionslieferungen, als auch hinsichtlich der zunehmenden Beteiligung des Personals der NATO-Mitglieder an Kämpfen in der Ukraine.

Die Vorbereitung zur Entsendung einer französischen Bataillionskampfgruppe in der Stärke von 1.500 Mann ist ebenfalls ein Teil dieses Prozesses, der von der russischen militärischen und politischen Führung nicht unbemerkt bleibt. Trotz Beteuerungen der NATO-Führung, nicht in der Ukraine kämpfen zu wollen, zeugt alles davon, dass gerade die Aktionen der NATO zu einer direkten Konfrontation zwischen den Streitkräften Russlands und der Allianz in der Ukraine führen. Das steigert die Wahrscheinlichkeit von Szenarien, in denen die Ukraine entlang einer gewissen Demarkationslinie – gesichert unter anderem von NATO-Truppen – geteilt wird.

Übersetzt aus dem Russischen. Verfasst speziell für RT.

***Boris Roschin** ist ein Experte des Zentrums für militärpolitische Journalistik. Seit vielen Jahren führt unter dem Aliasnamen Colonelcassad einen Blog auf Livejournal und seit 2022 einen populären Telegram-Kanal.*

* * *

Die Akte Rose: Journalisten rollen mutmaßlichen Mord in deutschem Polizeirevier neu auf

<https://freedert.online/inland/201680-akte-rose-journalisten-rollen-mutmasslichen/>
06.04.2024

Vor mehr als zwei Jahrzehnten begann im Polizeirevier Dessau eine Serie ungeklärter Todesfälle. Das erste Opfer Hans-Jürgen Rose war schwer misshandelt und dann im Schnee abgelegt worden. Gemeinsam mit den Hinterbliebenen rollten Journalisten nun den Fall neu auf – mit brisanten Ergebnissen.

Von Susan Bonath

Seit über 26 Jahren tappt Iris Rose im Dunkeln. Die Mörder ihres Ehemannes wurden, vermutlich beabsichtigterweise, nie gefasst. Der damals 36-jährige Maschinenbauingenieur Hans-Jürgen Rose starb am 8. Dezember 1997 an schweren inneren Verletzungen, die durch brutale Misshandlungen – unmittelbar nach seinem Aufenthalt im Polizeirevier Dessau, Sachsen-Anhalt – verursacht wurden.

Die Ermittlungen zu Roses Todesumständen hat die Dessauer Staatsanwaltschaft längst endgültig eingestellt. Doch ein "Recherchezentrum" hat den Fall wieder aufgerollt, Teile der Ermittlungsakten geleakt und Anzeige gegen Polizeibeamte beim Generalbundesanwalt erstattet. Der darin geäußerte Verdacht: Womöglich deckt der Staat einen brutalen Mord durch Polizisten, der sich in einen Komplex ähnlicher mutmaßlicher Verbrechen im selben Revier einreicht. Nicht nur manipulierte Akten sprächen dafür.

Manipulierte Akten

Der Journalist Luke Harrow begründete die eingeleiteten Schritte auf einer Pressekonferenz des Rechercheteams Ende März mit einem "gründlichen Aktenstudium", Interviews mit den Hinterbliebenen und einer involvierten Rechtsmedizinerin sowie mit einem selbst beauftragten

Gutachten. Letzteres soll belegen, dass die inzwischen teilweise auf der Internetplattform "Frag den Staat" veröffentlichten Aktennachträge manipuliert worden sind.

Der renommierte britische Schriftforensiker John Richard Welch hat demnach die umfangreichen Dokumente zum Fall Rose gründlich begutachtet, erläuterte Harrow. Welch habe viele nachträgliche Manipulationen gefunden, die aufgrund damals noch fehlender technischer Möglichkeiten gut erkennbar seien.

Witwe wurde "belogen und verdächtigt"

Sie sei "froh, nach so vielen Jahren hier sitzen zu dürfen", berichtete die Witwe des Opfers, Iris Rose, auf der Konferenz. Viele Jahre lang sei sie als Angehörige des Getöteten "belogen und sogar selbst verdächtigt" worden. Sie habe zudem kaum Informationen zu den Ermittlungen erhalten, "die Anträge wurden immer abgelehnt", erinnerte sie sich und fügte an: "Die Täter leben ja noch und sie zeigen keine Reue."

Es gelang den Journalisten zudem, die damals für den Fall zuständige Gerichtsmedizinerin Uta Romanowski zu interviewen. In ihrem Obduktionsbericht hatte sie damals geschrieben, man habe "zahlreiche schwere stumpfe Gewalteinwirkungen, insbesondere auf den Rücken, das Gesäß und die unteren Gliedmaßen" festgestellt, die noch zu Lebzeiten des Opfers erfolgt seien. Im mitgefilmten Gespräch bestätigte Romanowski ihre damalige Einschätzung. Sie frage sich, warum die Ermittler dieser offenkundig nicht weiter nachgingen.

Anzeige wegen Mordverdachts

Im Ergebnis habe die dreijährige Recherche ihres Teams ergeben, ergänzte Sprecherin Nadine Saeed, "dass mindestens vier Polizeibeamte der damaligen Nachtschicht Hans-Jürgen Rose mit Tritten und Schlägen, vor allem mit Schlagstöcken, misshandelten und folterten und ihn dann, gegen 4.30 Uhr am 7. Dezember 1997, vor einem Wohnhaus etwa 200 Meter vom Polizeirevier entfernt im T-Shirt abgelegt haben, offenbar in der Absicht, das Opfer dort sterben zu lassen".

Daher habe ihr Team zusammen mit den Hinterbliebenen und einem Rechtsanwalt am 28. März Strafanzeige gegen vier involvierte Beamte gestellt, in deren Obhut Hans-Jürgen Rose unmittelbar vor seinem Auffinden gewesen war, so Saeed weiter. Der Vorwurf darin laute: Verdacht des Mordes durch Staatsbedienstete – ein Verbrechen, das nicht verjährt.

Recherchen der Autorin

Bereits im Jahr 2018 hatte die Autorin dieses Beitrages eine eigene Recherche zum Fall Rose unter anderem bei *RT DE* veröffentlicht, die sich mit der Darstellung des Recherchezentrums weitgehend deckt.

Der Artikel von damals beschreibt den Hergang nach Aktenlage, die vielen Widersprüche darin und die massiven Verletzungen des Opfers, die bei der Obduktion festgestellt wurden, darunter gerissene Organe sowie Rippen- und Wirbelbrüche. Dies führte zu schweren inneren Blutungen, einer Querschnittslähmung und schließlich zum Versterben von Rose im Krankenhaus am Tag nach seinem Auffinden.

Zwei weitere ungeklärte Todesfälle

Der Fall Rose kam im Zuge der Ermittlungen zum Feuertod des Flüchtlings Oury Jalloh an die Öffentlichkeit. Jalloh verbrannte im Januar 2005 im gleichen Polizeirevier bis zur Unkenntlichkeit.

Von der Staatsanwaltschaft beauftragte Gutachter hatten 2016 eine Selbstentzündung ausgeschlossen. Im Jahr 2017 wandte sich der damals Leitende Oberstaatsanwalt in Dessau, Folker Bittmann, mit einem Vermerk an den Generalbundesanwalt. Darin begründete er einen dringenden Mordverdacht gegen zwei Polizeibeamte.

Als mögliches Motiv nannte Bittmann darin unter anderem die mutmaßliche Absicht, zwei weitere Todesfälle im Dessauer Polizeirevier "unterm Deckel" zu halten: Hans-Jürgen Rose (1997) und Mario Bichtemann, der im Oktober 2002 in einer Zelle an einem Schädelbruch verstorben war. Die Familie von Oury Jalloh hatte damals gemeinsam mit ihren Anwältinnen die Herausgabe der zugehörigen Akten erwirkt.

Vertuscht und politisch blockiert

Die Recherchen der Autorin legen ebenfalls nahe, dass bei den Fällen Rose und Jalloh offenbar eine mutmaßliche gewaltsame Tötung durch Polizeibeamte vertuscht werden sollte. Im Fall Bichtemann handelt es sich demnach mindestens um verweigerte medizinische Hilfe, also ein Unterlassen, das unweigerlich zum Versterben des in Gewahrsam Genommenen führte. Alle drei Opfer waren zum Zeitpunkt ihres gewaltsamen Todes erst 36 Jahre alt.

Es gibt überdies zahlreiche Anhaltspunkte für politische Einflussnahme auf die Ermittlungen. Im Laufe der Recherche stieß die Autorin immer wieder an "Mauern des Schweigens. Die Blockadehaltung erstreckte sich über die Landesgrenzen von Sachsen-Anhalt hinaus – bis hinauf zur Bundesanwaltschaft und zum Bundesjustizministerium.

* * *

"Bisher lief alles ganz gut" – Bidens US-Finanzsystem auf der Kippe

<https://freedert.online/nordamerika/201794-bisher-lief-alles-ganz-gut/>

07.04.2024

Stimmen aus den US-Finanzeliten werden merklich lauter, dass Bidens Wirtschaftsplan ein bereits angezündetes Kartenhaus sei. Nun beginnt ein Tanz, der die breiten Massen den Rauch nicht riechen lassen soll – während der Hegemon beim Sturz sein Gesicht zu wahren sucht.

Von Elem Chintsky

Ein ehemaliger US-Finanzminister unter Clinton, Lawrence Summers, publizierte im vergangenen Februar mit einem Wirtschaftspapier ein indirektes Eingeständnis, dass zuletzt die Biden-Regierung (de facto aber seit der Ronald Reagan-Administration) mit vielen staatlich kuratierten und erhobenen Wirtschaftszahlen mutmaßlich falschliegt. Auch andere jüngste Quellen legen mittlerweile dar, dass wichtigste Indikatoren für den Zustand einer Volkswirtschaft – also Arbeitslosenzahlen, neue Arbeitsplätze, offizielle Inflationsrate – in den USA vollkommen verfälscht sind.

Jedenfalls zielt das Papier von Summers teilweise darauf ab, ein alternatives und genaueres Bild der Inflation zu zeichnen, indem es das System des Wirtschaftswissenschaftlers Arthur Okun aus der Zeit vor 1983 einbezieht. Dadurch würden persönliche Zinssätze und die Kosten für Heimfinanzierung berücksichtigt. An dieser Stelle sofort die Frage: Das hat man seit 1983 bereits nicht mehr gemacht? Warum?

Dadurch, dass man diese Messgrößen, die zuletzt vor 42 Jahren als relevant erachtet wurden –

ignorierte, entstand ein ungenaueres Bild der Inflation in den USA, so der sich diplomatisch ausdrückende Summers.

Nach der Publikation gab Summers eine Zusammenfassung seiner These über X (ehemals Twitter) ab:

"Vor 1983 waren die Hypothekenkosten im Verbraucherpreisindex enthalten, ebenso wie die Zahlungen für Autos vor 1998. Jetzt enthalten die Preisindizes keine Kreditkosten. Als die Zinssätze im letzten Jahr sprunghaft anstiegen, erfasste die offizielle Inflation daher nicht in vollem Umfang die Auswirkungen, die dies auf das Wohlbefinden der Verbraucher haben würde ...

Wir zeigen, dass wir, wenn wir uns bemühen, den Verbraucherpreisindex der Okun-Ära zu rekonstruieren – bei dem die Inflation im letzten Jahr einen Höchststand von etwa 18 Prozent erreicht hätte – 70 Prozent der Kluft in der Verbraucherstimmung erklären können, die wir im vergangenen Jahr gesehen haben."

Ferner kommen Summers und seine Co-Autoren in ihrem Februar-Papier zu einer karikaturhaft evidenten Schlussfolgerung (S. 25): "Länderübergreifende Untersuchungen bestätigen, dass die Verbraucher in aller Welt auf die Kosten des Geldes achten."

Heureka. Mit anderen Worten – Verbrauchern im Westen, besonders die der ohnehin rasant schwindenden Mittelklasse, die bisher versucht hatten zu sparen und jeglicher auch nur bescheidener Zukunftsvorsorge (z. B. ein Eigenheim) nachzukommen, ist die tragisch schwindende Kaufkraft ihrer Nationalwährungen wichtig. Ähnlich, wie mit dem Sauerstoff zum Atmen, postulieren Summers und Konsorten per purer Didaktik, dass auch ein stabiles, gesetzliches Tauschmittel zum Wertetransfer (Geld) durchaus wichtig für das Überleben im banalen Alltag sein könnte. Das Papier ist dahin gehend begrenzt, dass es einfach aufzustellende Prognosen weitestgehend verweigert und ein komplexeres Rätsel präsentiert, als es eigentlich sein müsste. Höchstens über ein "neues, wirtschaftliches Paradigma" (S. 26) wird spekuliert. Klartext: Das US-dominierte, westliche Finanzsystem steht kurz davor, in die Ära der Multipolarität gedrängt und entlassen zu werden. Dabei werden für die dort ansässigen großen Massen von Menschen enorme Verluste entstehen, nicht nur materieller Natur. Simultan zu dem schwindenden monetären US-Einfluss in der restlichen Welt, werden die gegenwärtigen und bald kommenden Kriege (Ukraine, Israel – Palästina und Taiwan), in die die USA so tief involviert sind und noch sein werden – die gewaltsame, eskalierende Entbindung Washingtons von der einstigen, hegemonialen Größe, unbarmherzig illustrieren.

In dem ökonomischen Forschungspapier Summers' werden zum Beispiel "government debt", "public debt" beziehungsweise "sovereign debt" (Staatsschulden bzw. staatliche oder öffentliche Zahlungsverpflichtungen) mit keiner Silbe erwähnt. "Debt", also Zahlungsverpflichtungen, werden zwar diskutiert, aber lediglich für den Verbraucher in Bezug auf den privaten Sektor: die Automobilindustrie, Kreditkarten-Schulden, Studienkredite. Dabei hätte man auch denken können, dass die mittlerweile eine Billion (Anmerkung: das sind 1.000 Milliarden) US-Dollar, die Joe Bidens Regierung mittlerweile alle 100 Tage auf die gesamten US-Staatsschulden (34,63 Billionen US-Dollar) obenauf stapelt, eine flüchtige Erwähnung wert wäre. Das sind immerhin, 3,6 Billionen US-Dollar in nur einem Kalenderjahr – knapp 10 Prozent Wachstum per annum.

Dieses "neu gedruckte" Geld, das nie direkt den herkömmlichen Verbrauchermarkt erreicht, sind Währungseinheiten, die von der privaten US-Zentralbank Federal Reserve (Fed) direkt in den US-Bankensektor eingespeist werden. Sie werden also praktisch an sich selbst weitergegeben – sind doch die größten Inhaber der mächtigsten US-angelsächsischen Geldinstitute seit hundert Jahren

per klassischer Kartell-Struktur gleichzeitig die namenlosen Gönner und Stifter hinter der Fed. Erst in pathologisch multipler Verzinsung erreichen diese neuen, aber schon zerschnipselten US-Dollar den inländischen Verbraucher und den nichts ahnenden Auslandsinvestor in der Form neuer US-Staatsanleihen. Nur dank des noch am seidenen PR-Faden hängenden "guten Rufs" des US-Dollars in den Vasallen-Ländern von Onkel Sam ist es überhaupt noch möglich, dieses Pyramidenspiel, mit einer bunten Nebelmaschine obenauf, weiter rattern zu lassen – zum gravierenden Nachteil auch der EU und anderer US-Satelliten. Hier ein analoges Zitat dazu von Edward Gibbons aus "The Decline and Fall of the Roman Empire" (zu Deutsch "Verfall und Untergang des Römischen Imperiums"):

"Das römische Imperium schien ewig zu bestehen, basierte aber auf dem zerbrechlichen und vergänglichen Fundament der öffentlichen Meinung, die durch die Laune eines einzelnen Herrschers oder einer wankelmütigen Bevölkerung schnell verändert werden kann."

Erst kürzlich hat die Fed eingestanden, dass staatlich kuratierte Statistiken über den US-Arbeitsmarkt um 800.000 Arbeitsplätze überschätzt worden sind. Dieser Prozess der Verfälschung – aus der Feder der Biden-Regierung – bahnte sich schleichend seit 2022 an. Konkret hatte Washington der US-Öffentlichkeit von einem verheißungsvollen monatlichen Arbeitskräftezuwachs von 230.000 Personen erzählt – laut neuester Erkenntnisse seien es im relevanten Zeitraum (Kalenderjahr 2023) lediglich 130.000 gewesen. Ganz zu schweigen davon, dass man die "Gewinnung einer Arbeitskraft" als Kategorie so breit und verschleiert wie möglich darzustellen versuchte, um die extrem niedrige Qualität dieser Neuzugänge in den US-Arbeitsmarkt zu kaschieren.

Einem so gründlichen Wirtschaftsinsider wie Summers sind Schusseligkeitsfehler in seiner Präsentation "Die Kosten des Geldes sind Teil der Lebenshaltungskosten: Neue Erkenntnisse über die Anomalie der Verbraucherstimmung" schwer vorzuhalten. Zumal dieser als einer der Architekten der US-Finanzkrise von 2008 und ihrer neoliberalen "Schlichtung" gilt – eine Zeit, in der die "weisen Beobachtungen von 2024" tatsächlich noch etwas hätten bewirken können.

Eher handelt es sich wohl um eine penibel dosierte Art eines "kontrolliertes Medien-Lecks", um den bald kommenden Wirtschaftskollaps des internationalen US-Dollar-Systems irgendwie zu rationalisieren und ihm ein Antlitz der gründlichen, empirischen Wirtschaftlichkeit zu verleihen. Auf den zweiten Blick zeigt sich hier der Versuch einer auffällig verspäteten Expertise des selbst verschuldeten US-Systems, eine pseudo-kompetente und weise vorausschauende Miene zu verleihen. Deshalb wurde Summers vorgeschickt, um das zu "offenbaren", was aufmerksame Normalsterbliche ohnehin bereits seit Jahren besorgt beobachten konnten. Seiner akademisch-moralischen Pflicht, dies bereits im Jahr 2008 zu tun, kam er mit allem opportunistischen Vorsatz nicht nach.

Allein die beiden Indikatoren – US-Staatsschulden und ihr Hauptinstrument, andere Länder mit den eigenen Schulden überzubelasten, nämlich die US-Staatsanleihen – spielen hinter den Kulissen enorme Rollen bei den eigentlichen "Kosten des Geldes", für welche durchschnittliche Verbraucher solch ein existenzielles Interesse hegen – zur "großen intellektuellen Überraschung" westlicher Wirtschaftsweisen wie Summers.

Weitet man den Blick auf andere Disziplinen wie die Kulturanthropologie und die moralisch-ethische Zusammensetzung einer Zivilisation aus, so gibt ein weiteres Zitat von Gibbons Hinweise darauf, wohin die US- und EU-Reise geht:

"Der Niedergang und der Fall Roms war ein langsamer und qualvoller Prozess, der durch interne Streitigkeiten, ausländische Invasionen und die Zersetzung moralischer Werte gekennzeichnet war. Es war die tragische Geschichte einer einst großen Zivilisation, die

durch ihre eigene Selbstüberschätzung zu Fall gebracht wurde."

Schon heute sieht man in der westlichen Staatsräson – ihrer blutrünstig ausgehöhlten Deutungshoheit, ihrer stumpfsinnig-bösartigen Diplomatie, ihrer kleingeistigen wirtschaftlichen Beziehungen und der eigenen moralischen Überheblichkeit, der sie sich scheinbar unwiderruflich verpflichtet hat, dass es dort ein gewisses Instrument gibt, das weitaus kostbarer und rarer geworden ist, als der inflationäre US-Dollar (sowieso), aber sogar der galoppierende Bitcoin oder pures, Äonen überdauerndes Gold – nämlich: die Demut.

Elem Chintsky ist ein deutsch-polnischer Journalist, der zu geopolitischen, historischen, finanziellen und kulturellen Themen schreibt. Die fruchtbare Zusammenarbeit mit RT DE besteht seit 2017. Seit Anfang 2020 lebt und arbeitet der freischaffende Autor im russischen Sankt Petersburg. Der ursprünglich als Filmregisseur und Drehbuchautor ausgebildete Chintsky betreibt außerdem einen eigenen Kanal auf Telegram, auf dem man noch mehr von ihm lesen kann.

* * *

IWF in Argentinien: Neuer Kredit und seltsamer Kauf von F-16-Jets

<https://freedert.online/international/201418-iwf-in-argentinien-neuer-kredit-und-seltsamer-kauf-von-f-16-bombern/>

08.04.2024

Obwohl aktuell rund 60 Prozent der Argentinier unter der Armutsgrenze leben und das Land unter der Schuldenlast erstickt, kommt es zu einem Waffendeal mit den zwei NATO-Staaten Dänemark und USA – was steckt dahinter?

Von Maria Müller

Argentinien stand kurz vor dem Default. Die Schuldenraten für den Internationalen Währungsfonds (IWF) im Januar und Februar 2024, insgesamt 2,7 Milliarden US-Dollar, schienen unbezahlbar. Doch Argentinien mutierte in wenigen Wochen zum engsten Verbündeten der USA in Südamerika. Als Folge führte der "politische Einfluss" auf die Spitze des IWF durch den größten Anteilseigner des Fonds zu einem neuen Kredit von 4,7 Milliarden Dollar. Das reichte, um die Zahlungsunfähigkeit bis April zu überbrücken – und um ein heikles Waffengeschäft mit zwei NATO-Staaten zu bewältigen: mit Dänemark und den USA.

Präsident Javier Milei überraschte im März mit einer Ankündigung: Man werde 24 der umstrittenen Kampffjets F-16 "Fighting Falcons" von Dänemark kaufen. Kosten insgesamt: rund 550 Millionen US-Dollar. Wozu braucht Argentinien atomwaffenfähige Kriegsflugzeuge? In Südamerika ist weit und breit kein Krieg in Sicht. Es sei denn, die NATO will die Länder des Kontinents schrittweise in ihre Geopolitik einbinden.

Während heute 60 Prozent (27 Millionen) der argentinischen Bevölkerung dank Milei und IWF unter der Armutsgrenze leben und der Präsident die staatliche Hilfe für die öffentlichen Armenküchen komplett gestrichen hat ... müssen weitere Schuldenberge für ein dubioses Waffengeschäft angehäuft werden.

Unterzeichnung einer Absichtserklärung für den Kauf von F-16-Bombern

Die argentinische Presse berichtete am 26.03. über den Besuch des dänischen Verteidigungsministers Troels Lund Poulsen in Buenos Aires. Dort unterzeichnete er gemeinsam mit seinem argentinischen Kollegen Luis Petri eine Absichtserklärung der beiden Staaten über den

Kauf von 24 F-16-Kampfflugzeugen. Der Kabinettschef Nicolás Posse sowie der US-amerikanische Botschafter Marc Stanley waren mit dabei. Petri erklärte:

"Wir legen den Grundstein für die Zusammenarbeit im Verteidigungsbereich zwischen Dänemark, den Vereinigten Staaten und Argentinien. Wir verstärken weiterhin unsere Streitkräfte und stellen die Überschallkapazität wieder her, die es uns ermöglicht, unseren Luftraum zu bewachen und zu verteidigen."

So etwas hat man in Argentinien seit vielen Jahren nicht mehr gehört.

Die insgesamt 43 F-16 Flugzeuge der dänischen Luftwaffe wurden in den 80er-Jahren von der US-Firma *Lockheed-Martin* gebaut. Sämtliche F-16 Kampffjets sollten im Jahr 2027 ausrangiert und durch eine modernere Version, die F-35, ersetzt werden. Nun hat Dänemark dieses Datum auf Ende 2024 geändert, wodurch auch eine Lieferung der gefährlichen Kriegsmaschinen an die Ukraine auf einen früheren Zeitpunkt verlegt werden kann. Dänemark, die Niederlande und Norwegen haben sich ohne Rücksicht auf die Gefahr einer Eskalation des Krieges mit Russland dazu verpflichtet. Doch nun ist auch Argentinien mit im Spiel der F-16 Veräußerungen.

Mitte April wird Argentinien's Verteidigungsminister Luis Petri nach Kopenhagen reisen, um dort den endgültigen Kaufvertrag für die 24 überalterten Jets abzuschließen. Der Preis soll rund 300 Millionen US-Dollar betragen, allerdings ohne technische Ausrüstung und ohne Waffen. Diese müssen von den USA modernisiert, geliefert und eingebaut werden. Die Kosten für Technologie und Raketen sollen rund weitere 300 Millionen US-Dollar betragen, wobei die USA 15 Prozent davon selbst finanzieren, ergo 45 Millionen. Die rund 550 Millionen sind eine satte Summe für ein wirtschaftlich ruiniertes Land wie Argentinien, das eigentlich vor dem Default steht.

Macht Argentinien der Ukraine Konkurrenz als F-16-Empfänger?

Es zeigt sich, dass die für die Ukraine bestimmten 19 dänischen F-16-Bomber "Fighting Falcons" der gleichen Generation angehören und genauso mit neuer Technik und Waffen versehen werden müssen wie jene, die für Argentinien bestimmt sind. Lockheed-Martin hat das Know-how, "made in USA". Doch wer übernimmt diese zusätzlichen Kosten, die in der US-Haushaltsdebatte Probleme bereiten können? Der argentinische IWF-Kredit samt Flugzeugkauf macht es möglich. Er ist ohne Zweifel eine Ausgleichsfinanzierung von solchen Waffensystemen für die Ukraine.

Argentinien als Brückenkopf der USA in Südamerika

Die verlockende Eingliederung des Landes in die Geopolitik der USA und seine geschickte Rüstungsfinanzierung hat sicher dazu beigetragen, dass der Kongress in Washington grünes Licht für die Kaufs- und Verkaufsoperation Dänemarks im Globalen Süden gab. Der neue Waffenbesitz Argentinien's verändert das militärische Gleichgewicht in Südamerika grundlegend. Werden dadurch die Nachbarstaaten Argentinien's gezwungen, sich ebenfalls um Jagdbomber zu bemühen, als Schutz vor einer militärisch bedingten Erpressung? Wird damit eine Rüstungsspirale in Gang gesetzt, ein neuer Markt für den militärisch-industriellen Komplex des Globalen Nordens?

Dem hungrigen Argentinien fehlt es an Infrastruktur für Jagdbomber

Der Waffendeal mit Argentinien hat noch weitere Ungereimtheiten. Es geht um die dafür notwendige Infrastruktur in den Empfängerländern solcher Superjets. Die Vertreter Norwegens und Dänemarks erklärten im Rahmen ihres Beschlusses, solche Flieger an die Ukraine zu liefern:

"Wir kommen darin überein, der Ukraine und den ukrainischen Luftstreitkräften in enger

Zusammenarbeit mit den USA und anderen Partnern F-16-Kampfflugzeuge zu übergeben, wenn die Bedingungen für eine solche Übergabe erfüllt sind."

Zu diesen Bedingungen gehörten unter anderem erfolgreich ausgewähltes, getestetes und ausgebildetes ukrainisches F-16-Personal, sowie die erforderliche Infrastruktur und Logistik.

Argentinien kann das jedenfalls nicht vorweisen – vor allem keine ausgebildeten Piloten. Das macht nichts. In der kurzen Zeitspanne bis zur Ankunft der ersten vier Kampffjets im Dezember 2024 werden die Voraussetzungen für eine Nutzung der Flieger nicht vorhanden sein. Dänemark will die Maschinen im jährlichen Vierer-Pack liefern!

Die notwendigen Voraussetzungen und Kosten für den Einsatz von F-16-Fighters sind auch den argentinischen Militärs bekannt. Nicht alle sind mit dem Kauf der Maschinen einverstanden. Stimmen aus Militärkreisen lassen verlauten:

"Die Wartung ist teuer und angesichts einer Regierung, die uns sagt, dass es kein Geld gibt, hoffen wir, dass diese Geräte am Ende nicht auf einer Landebahn verrotten."

Wie sollen die hohen Kosten für die Pilotenausbildung, für die Wartung und den Einsatz finanziert werden? Der einstündige Flug kostet rund 27.000 US-Dollar. Und vor allem: Man fürchtet, damit in Konflikte eingebunden zu werden, mit denen Argentinien nichts zu tun hat.

* * *

Demos und ein neues politisches Gesicht – Steht der "Maidan von Budapest" vor der Tür?

<https://freedert.online/europa/202034-steht-maidan-von-budapest-vor/>

09.04.2024

Die Tagesschau der ARD berichtete am Wochenende unter der Überschrift "Wieder Großdemonstration gegen Orbán" über aus ihrer Sicht Anti-Orbán-Demonstrationen in Budapest. Bahnt sich da ein neuer Maidan an? Welche Rolle könnte Péter Magyar dabei spielen?

Von Tom J. Wellbrock

In einem Bericht vom 6. April 2024 sprach die *Tagesschau* von Zehntausenden, die gegen Viktor Orbán auf die Straße gegangen seien. So etwas kommt in Ungarn tatsächlich immer wieder vor. Doch aktuell drängt sich ein Mann in den Vordergrund, den vor einigen Wochen und Monaten kaum jemand in Ungarn auf dem Schirm hatte: Péter Magyar.

Jung, gutaussehend, verlockend

Viel weiß man nicht über Péter Magyar, auch die Wikipedia gibt sich sparsam:

"Das ehemalige Mitglied der Regierungspartei Fidesz – Ungarischer Bürgerbund war seit 2006 mit Justizministerin Judit Varga verheiratet, mit der er drei Söhne hat. Noch während ihrer Amtszeit kündigten die Eheleute im März 2023 ihre Scheidung an.

Varga war ab April 2023 in den "Begnadigungsskandal" involviert und trat zum 31. Juni 2023 zurück; damit zog sie die Konsequenzen aus ihrer Beteiligung an einer Begnadigung nach einem Kindesmissbrauchsskandal in Bicske.

Große Bekanntheit außerhalb seines Heimatlandes erreichte Magyar, indem er zu Demonstrationen gegen Regierungskorruption am 26. März und 6. April 2024 in Budapest aufrief, zu denen über 100.000 Teilnehmer kamen."

Magyars Bekanntheitsgrad stieg also innerhalb kürzester Zeit massiv an, in Deutschland wird er als ernsthafter Konkurrent Orbáns gefeiert. Und tatsächlich scheint der Mann einen Erfolgsweg vor sich zu haben. Sein Wählerpotenzial wird schon jetzt auf 13 bis 16 Prozent geschätzt, er orientiert sich am Westen und will den Ungarn "ihr Land zurückgeben".

Dem *Guardian* sagte Magyar kürzlich:

"Ich bin neu, ein Neuling – aber ich bin nicht neu, weil ich sehr erfahren bin."

Magyar war früher Mitglied des inneren Zirkels von Orbáns Fidesz-Partei, er engagierte sich im Social-Media-Team seiner Ex-Frau Varga und verweist gern stolz auf seine Zeit als Diplomat in Brüssel. Der *Guardian* zitiert ihn mit den Worten:

"Vor zwei Monaten kannte mich in Ungarn niemand, heute hatten wir die größte politische Kundgebung."

Gemeint ist die Demo vom Wochenende, und man darf Magyars Potenzial nicht unterschätzen, denn wenn ein Mann in rekordverdächtig kurzer Zeit ein so hohes Maß an Popularität erzielt, bekommt er höchstwahrscheinlich Hilfe.

Laut einer Ende Februar durchgeführten Umfrage des ungarischen Instituts "Standpunkt" kann die in der Vorbereitung befindliche Partei Magyars zwar aktuell mit 13 Prozent der Wählerstimmen rechnen, doch große Bedeutung wird dem nicht beigemessen, wie das Institut schreibt:

"13 Prozent der Ungarn würden bei der Europawahl für die Partei von Péter Magyar stimmen, was eine erhebliche Steigerung in wenigen Wochen bedeutet. Allerdings gelang es der neuen Partei weder, unentschlossene oder inaktive Wähler anzusprechen, noch gelang es ihr, eine große Zahl von Unterstützern bei Fidesz zu gewinnen. Seine Wähler stammten aus den ehemaligen Anhängern der linken Parteien, so dass sein Auftritt für jede linke Partei einen mehr oder weniger großen Verlust bedeutete."

Es könnte "bunt" werden

Gerade erst schrieb der *Tagesspiegel*:

"Der CDU-Außenpolitiker Norbert Röttgen legte der Slowakei wie auch Ungarn nun einen Austritt aus der Europäischen Union (EU) nahe. Pellegrini und Regierungschef Robert Fico 'sympathisieren offen' mit Putin, der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán sei 'das trojanische Pferd Putins in der EU', sagte Röttgen den Zeitungen der Funke Mediengruppe. 'Die EU darf und kann das nicht weiter tolerieren.'"

In das gleiche Horn mit etwas anderer Tonart bläst Anton Hofreiter (Bündnis 90/Die Grünen), der der Slowakei und Ungarn gern Gelder streichen will, offenbar weil sie unartig sind. Diese Forderungen zweier Politiker aus der zweiten Reihe mögen zwar, wie üblich, kein großes Gewicht haben. Doch im Hintergrund scheinen größere Dinge zu passieren. Die USAID (Behörde der Vereinigten Staaten von Amerika für internationale Entwicklung) hat sich wohl derzeit insbesondere Ungarn vorgenommen, um über die Initiierung einer neuen "Farbrevolution" Orbán zu

Fall zu bringen. Es wird gemunkelt, dass schon über die passende Farbe der "Farbrevolution" nachgedacht wird.

"Ich bin hier in Ungarn. Eines der Länder, wo das USAID-Programm wieder aufgenommen wurde."

Diese Worte stammen von Samantha Power, der Direktorin der USAID, die erst während ihres kürzlichen Besuchs in Ungarn versicherte, sie würde

"jeden Tag mit Menschen zusammenarbeiten, die demokratische Institutionen stärken, unabhängige Medien aufbauen und die Menschenrechte fördern und verteidigen."

Es sollte bekannt sein, was gemeint ist, wenn von der "Stärkung demokratischer Institutionen" und dem Fördern und Verteidigen von Medien und Menschenrechten die Rede ist: die massive innenpolitische Einflussnahme der USA auf andere Länder.

Man wird sehen, welche Rolle Péter Magyar in nächster Zeit spielen wird. Sein Profil jedenfalls passt zu den Figuren, die von den USA bevorzugt werden, um zum richtigen Zeitpunkt eine tragende Funktion zu bekommen. Vielleicht wird er aber auch mit einem Handstreich ausgetauscht, wenn US-amerikanische Entscheidungsträger einen besseren Kandidaten finden.

Keine Kleinigkeit

Die Tatsache, dass Politiker wie Röttgen und Hofreiter von einem EU-Ausschluss Ungarns und der Slowakei phantasieren, macht deutlich, dass sie lediglich kleine Lichter sind, die wortreich schimpfen, aber nichts zu melden haben.

Denn sollte es in Ungarn (und womöglich in der Slowakei) eine "Farbrevolution" geben, wäre ein Verlassen der EU überhaupt nicht notwendig, die USA und die Europäische Union hätten zwei weitere Staaten in ihren Reihen, indem sie die zuvor auf Linie gebracht hätten.

Nun sind die Zustimmungswerte Orbáns in Ungarn zwar nicht mit denen von Putin in Russland zu vergleichen, doch knappe 50 Prozent der Ungarn stehen hinter ihrem Präsidenten. Das sind Werte, an die derzeitige deutsche Regierungspolitiker wohl nicht einmal in ihren kühnsten Träumen zu denken wagen.

Doch wenn die USA erst einmal beginnen, ein Land von innen zu zerfressen, tun sie das mit großem finanziellem und logistischem Aufwand. Péter Magyar könnte als installierte Figur der Beginn einer für Orbán gefährlichen Entwicklung sein.

* * *

NATO bereitet sich auf Beitritt einer gespaltenen Ukraine vor

<https://freedert.online/international/202115-nato-bereitet-sich-auf-beitritt-gespaltener-ukraine-vor/>
10.04.2024

Immer wieder wird im Westen die Aufnahme der Ukraine in das westliche Militärbündnis NATO ins Spiel gebracht. Handelt es sich um ein ernstgemeintes Ansinnen oder sind es nur Versuche, Druck auf Moskau auszuüben und Kiew bei Laune zu halten?

Von Jewgeni Balakin

Die Geschichte der unerwiderten Liebe der Ukraine zur NATO dauert nun schon seit Jahren an und

scheint noch lang zu werden. Gestern stellte der Botschafter der Ukraine in der Türkei, Wassili Bondar, erneut die Frage nach einem konkreten Datum für den Beitritt der Ukraine zum NATO-Bündnis, wobei er allerdings anmerkte:

"Wir wollen, dass die Frage der Mitgliedschaft der Ukraine in der NATO nach dem Krieg beurteilt wird."

Doch was strebt die Führung des NATO-Bündnisses selbst an?

Die Absichten des Bündnisses zeigen sich in den Ergebnissen einer zweitägigen Tagung der NATO-Außenminister in der vergangenen Woche, an der auch Delegierte aus Japan, der Republik Korea, Australien, Neuseeland und der Europäischen Union teilnahmen. Anlass dafür war der 75. Jahrestag der Unterzeichnung des in Washington geschlossenen Vertrags zur Gründung des NATO-Bündnisses am 4. April 1949. Das Bündnis, das ursprünglich gegen die Sowjetunion gegründet wurde, bleibt, wie seine weitere Geschichte zeigte, seiner eigenen Mission treu: Eindämmung (im Extremfall — Vernichtung) unseres Landes, und zwar nicht nur in Europa.

Dies wurde von NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg klar zum Ausdruck gebracht:

"Die Idee, dass wir eine Sicherheit in Europa und eine andere [Sicherheit] in Asien haben, funktioniert nicht. Unsere Sicherheit ist keine regionale Sicherheit. Unsere Sicherheit ist globaler Natur."

Obwohl er hinzufügte, dass es nicht darum gehe, die NATO in ein globales Bündnis umzuwandeln, deutet die Situation auf dem "großen Schachbrett" auf etwas anderes hin.

Was sagte er über die für uns wichtigste Partei – die ukrainische Partei?

Zunächst einmal ist es erstaunlich, dass die NATO, wie Stoltenberg behauptet, keine Konfliktpartei in der Ukraine ist. Außerdem habe die NATO "keine Pläne, NATO-Kampfseinheiten auf dem Territorium der Ukraine zu stationieren". Dies geschieht zu einer Zeit, in der Emmanuel Macron, der Staatschef eines militärisch mächtigen NATO-Staates, ernsthaft die Möglichkeit einer Truppenentsendung in die Ukraine in Betracht zieht – zusätzlich zu der "beispiellosen Unterstützung", wie es der NATO-Generalsekretär selbst ausdrückte, die das Bündnis der Ukraine gewährt hat.

Es wäre jedoch voreilig, Stoltenberg der Lüge zu bezichtigen, zumal die westliche politische Kultur dazu neigt, direkte Lügen zu vermeiden, und sich stattdessen auf Andeutungen, Ausflüchte und Doppelzüngigkeit zu stützen. Rechtlich gesehen ist die NATO (zumindest nach Ansicht der NATO-Führung) nicht an dem Konflikt beteiligt, und selbst die Entsendung französischer Truppen in die Ukraine kann als souveränes Vorgehen Frankreichs selbst interpretiert werden. Denn es besteht ein formaler Unterschied zwischen den Streitkräften der NATO und denen ihrer Mitgliedsstaaten. In Wirklichkeit, so betont Russland, ist die NATO in den Konflikt verwickelt, was bedeutet, dass das Bündnis die volle Verantwortung für den Schaden trägt, der unserem Land zugefügt wird.

Die Antwort auf die schmerzlichste Frage, nämlich ob die Ukraine in die NATO aufgenommen wird, wird ebenfalls mit rhetorischen Tricks beantwortet. Einerseits bestätigte der US-amerikanische Außenminister Antony Blinken, dass "die Zukunft der Ukraine in der NATO liegt", andererseits gibt niemand an, wie weit diese Zukunft entfernt sein wird. Darüber hinaus berichtete die *New York Times*, dass die Ukraine auf dem Juli-Gipfel in Washington nicht zum NATO-Beitritt eingeladen wird, da sowohl Deutschland als auch ... die Vereinigten Staaten dagegen seien. Diese Information wurde bereits von der ukrainischen Vize-Ministerpräsidentin und Ministerin für

europäische und euroatlantische Integration, Olga Stefanischina, bestätigt.

Man darf angesichts dieser Nachricht vorsichtig optimistisch sein. Wenn die NATO es nicht riskiert, die Ukraine in das Bündnis aufzunehmen, bedeutet dies, dass die NATO-Führung Vergeltungsmaßnahmen Russlands fürchtet, was in der westlichen politischen Kultur fast gleichbedeutend mit dem Wort "Respekt" ist. Zumal ein wichtiger NATO-Staat, nämlich die Vereinigten Staaten, sich dem widersetzen. Ihre Vorsicht sollte jedoch nicht als Schwäche und ihre Zweideutigkeit nicht als mangelnde Absicht ausgelegt werden.

Selbstverständlich würde die Aufnahme der Ukraine in die NATO in ihrer jetzigen Form bedeuten, den größten Krieg in Europa seit 1945 auszulösen. Dies umso mehr, als die NATO-Satzung vorsieht, dass ein Land mit territorialen Streitigkeiten nicht in das Bündnis aufgenommen werden kann. Doch es gibt bereits einen Plan, nach dem die Ukraine in die NATO aufgenommen werden könnte, indem sie alle bis dahin von Russland kontrollierten Gebiete legal abgibt. Die italienische Zeitung *La Repubblica* berichtete am 5. April, dass es sich dabei um einen unausgesprochenen Plan der USA handelt, der verwirklicht werden könne, wenn die Wahlniederlage Bidens und der anschließende Sieg Trumps unvermeidlich erscheine.

Furcht vor einem unberechenbaren Trump drängt die noch an der Macht befindlichen Demokraten zu entschlossenen Erklärungen und Schritten. Erstens untersagte der Kongress dem US-Präsidenten am 15. Dezember letzten Jahres, die Vereinigten Staaten ohne vorherige Zustimmung der Parlamentarier aus dem NATO-Bündnis zurückzuziehen. Zweitens gab es den Vorschlag, der NATO mehr Kontrolle über die Koordinierung der militärischen Hilfe zu geben (diese Funktion wird jetzt tatsächlich von den USA wahrgenommen). Und schließlich wurde auch darüber gesprochen, ein Hilfspaket für die Ukraine in Höhe von 100 Milliarden US-Dollar über einen Zeitraum von fünf Jahren bereitzustellen, von denen die USA nur 16 Milliarden US-Dollar beisteuern müssten.

Daher kann man eine recht vernünftige Strategie seitens der derzeitigen US-Führung erkennen. Als Erstes wird die militärische und finanzielle Unterstützung für die Ukraine auf die NATO verlagert und damit das eigene Engagement während Trumps vierjähriger Amtszeit deutlich reduziert. Dann muss man ein Einfrieren des Konflikts herbeiführen und die Ukraine überreden, etwa 15 Prozent ihres Territoriums zu opfern, um der NATO beizutreten. Anschließend sollte Russland – der Logik der NATO-Gründung und ihrer Existenz folgend – erneut in den Krieg hineingezogen werden, und zwar zu wesentlich ungünstigeren Bedingungen für Russland.

Man sollte sich darüber im Klaren sein, dass die NATO, solange sie überhaupt existiert, eine Bedrohung für die Sicherheit Russlands in Europa darstellt. Diese Tatsache wurde von fast allen führenden Politikern unseres Landes seit der Gründung der NATO erkannt (heute ernten wir die grausamen Konsequenzen von Gorbatschows und Jelzins vernebeltem Verstand). Die NATO stellt aber auch eine Bedrohung für Europa dar, weil Europa der Kriegsschauplatz sein wird, wenn die NATO mit Russland zusammenstößt. Einigen europäischen Staatschefs ist das bereits jetzt klar. Und wenn die Entnazifizierung und Entmilitarisierung der Ukraine schließlich zur Abschaffung der NATO führt (vorzugsweise auf diplomatischem Wege), wird dies sowohl für Russland als auch für Europa ein Sieg sein.

Übersetzt aus dem Russischen. Der Artikel ist am 9. April 2024 zuerst auf RIA Nowosti erschienen.

* * *

Atomkraftwerk Saporoschje: Kiew hat sich der Kontrolle durch den Westen entzogen

<https://freedert.online/europa/202321-kiew-entzieht-sich-kontrolle-durch-den-westen/>

11.04.2024

Mit der nahenden Niederlage setzt Kiew statt auf die Armee an der Front immer mehr auf Terror. Unterdessen entgleitet dem Westen die Kontrolle über die ukrainische Führung, weil man in Kiew immer weniger mit den westlichen Herren abstimmen will.

Von Sergei Sawtschuk

Das Atomkraftwerk Saporoschje wird eines Tages in die militärischen Annalen der russischen Energiewirtschaft eingehen, so seltsam das auch klingen mag. Das Objekt ist schon deshalb einzigartig, weil dort, wie in jenem Universum des berühmten Computerspiels "S.T.A.L.K.E.R.", alle Ausländer in eine Art Anomalie fallen, die ihnen das Sehen, Hören und Denken vernebelt.

Die Vereinten Nationen haben mitgeteilt, dass am 11. April eine Sitzung des Rates der Sonderorganisation für Atomenergie stattfinden wird. Bemerkenswert ist, dass die Sitzung fast gleichzeitig von zwei Seiten einberufen wurde, zuerst von Moskau und nur wenige Stunden später auch von Kiew. Sie steht im Zusammenhang mit einem weiteren Angriff auf das Atomkraftwerk Saporoschje, der in mehreren Wellen erfolgte. Angriffsdrohnen griffen zuerst den fünften und sechsten Kraftwerksblock an, und in der zweiten Welle wurden der Schulungskomplex, die Kantine und Gebäude im Bereich des Frachthafens getroffen. Infolgedessen wurden drei Rosatom-Mitarbeiter (jenes Unternehmens, das die Erhaltung des Kraftwerks sichert) verletzt.

Russlands Außenministerium bezeichnete die Geschehnisse völlig zu Recht als terroristischen Akt und nannte die Ukraine als Organisator und die Vereinigten Staaten von Amerika zusammen mit deren treuen Vasallen als ideologische und finanzielle Sponsoren dieser Angriffe. Für die Internationale Atomenergie-Organisation (IAEA) ist das ein weiterer Schlag ins Gesicht.

Das russische Außenministerium erinnerte daran, dass Moskau den Vertretern der Mission ausdrücklich erlaubt hatte, sich dauerhaft in der Anlage aufzuhalten, um erstens alle Unterstellungen über einen unsachgemäßen Betrieb des Atomkraftwerks zu unterbinden, der angeblich zu einer Art "zweitem Tschernobyl" führen könne, wie es die Kiewer Propaganda so gerne selbstlos erfindet. Und zweitens, damit die Mitarbeiter von Rafael Grossi vor Ort eindeutig auf den Organisator der Terroranschläge hinweisen können. Leider verhalten sich die regelmäßig wechselnden Teams der IAEA am Atomkraftwerk Saporoschje so, als ob dort eine Gehirnwäsche wie beim berüchtigten "S.T.A.L.K.E.R." am Werk wäre: Sie sehen und hören einfach: nichts.

Wenn man nun die Emotionen beiseitelässt und die Situation umfassend bewertet, dann ist sie viel komplizierter und gefährlicher, als es auf den ersten Blick scheint.

Das Atomkraftwerk Saporoschje wird mit bedauerlicher Regelmäßigkeit angegriffen.

Im Juli letzten Jahres veröffentlichte die ukrainische Hauptdirektion der Nachrichtendienste des Verteidigungsministeriums ein Schema, wonach angeblich russische Truppen das Atomkraftwerk vermint hätten. Die IAEA hielt sich lange Zeit bedeckt und machte sich erst im September die Mühe, eine Erklärung abzugeben, dass all dies völliger Unsinn sei und dass es keinerlei Sprengstoff in der Anlage gebe. Einen Monat später jedoch – nach ihrer Zustimmung für eine Resolution Kanadas und Frankreichs – forderte dieselbe IAEA Russland auf, das Atomkraftwerk unverzüglich der vollständigen Kontrolle durch die Ukraine zu übergeben. In Moskau wurde das natürlich

ignoriert, und so wiederholte diese Agentur die Forderung am 8. März dieses Jahres – mit demselben Ergebnis.

Bereits am 22. März wurde das Kraftwerk erneut angegriffen, was zur Abschaltung der 750-Kilovolt-Hochspannungstrasse der Dnjepr-Freileitungskreuzung Energodar führte. Die IAEA schwieg wie üblich, wohingegen der ukrainische Energieminister German Galuschtschenko seine große Freude über den Vorfall zum Ausdruck brachte. Am 5. April erklärte Rafael Grossi, dass die 330-Kilovolt-Notstromleitung für das Atomkraftwerks ausgefallen sei, ohne zwar die Gründe zu nennen, vergaß jedoch nicht, darauf hinzuweisen, dass das Kraftwerk in Gefahr sei und weiterhin Risiken für die nukleare Sicherheit bestünden.

Kurzum, die Neutralität und Unparteilichkeit, derer sich die Internationale Atomenergie-Organisation so gerne rühmt, spiegelt sich höchstens in der Tatsache wider, dass die IAEA bisher noch nicht Russland für die Angriffe auf das Atomkraftwerk verantwortlich gemacht hat. Ansonsten folgt die Organisation klar dem Mainstream der proukrainischen Politik des Westens.

Die Reaktion der Vereinigten Staaten auf die Angriffe ist äußerst aufschlussreich. Im Weißen Haus schickte man umgehend den Leiter des Pressedienstes des Außenministeriums Matthew Miller vor die Mikrofone. Er erklärte, die Vereinigten Staaten wüssten von den Angriffen und würden Moskau auffordern, diese Tatsache nicht als Vorwand für eine Eskalation der Lage in der Ukraine zu nutzen. Einen Tag zuvor hatte der US-Verteidigungsminister Lloyd Austin Kiew aufgefordert, die Angriffe auf Ölraffinerien tief innerhalb des russischen Staatsgebiets einzustellen, da diese Angriffe eine Bedrohung für den globalen Energiemarkt darstellen würden.

Lassen Sie sich nicht von der Tatsache verwirren, dass der US-Militärchef das Thema der globalen Energie anspricht. Im Ukraine-Konflikt ist alles sehr subtil und sehr eng verzahnt.

Die Vereinigten Staaten, die bereits 74 Milliarden US-Dollar in Form von Waffen und Ausbildern in die ukrainische Militärkrise gepumpt haben, wussten zumindest von der Vorbereitung der drohenden Terrorakte. Die Angriffe auf russische Raffinerien sind real nicht in der Lage, Russland und seine Wirtschaft in Bezug auf Treibstoff ausbluten zu lassen, einfach aufgrund des Verhältnisses zwischen der Menge der produzierten primären Erdölprodukte und dem Umfang des Inlandsverbrauchs und der Exporte. Sie könnten jedoch problemlos die internationalen Märkte beunruhigen und zu einem reflexartigen Ansteigen des Preises pro Barrel führen, was in Washington, D.C. im Vorfeld der Wahlen höchst unerwünscht ist.

Beim Atomkraftwerk Saporoschje sind die Dinge jedoch noch komplizierter.

Unlängst sprach der bereits erwähnte Lloyd Austin vor dem Unterhaus des US-Kongresses, wo erwogen wird, weitere 60 Milliarden US-Dollar für die Ukraine bereitzustellen. Auf die direkte Frage der Senatoren Eric Schmitt und Tommy Tuberville, ob die Ukraine gewinnen könne, gab der US-Verteidigungsminister eine äußerst ausweichende Antwort, er sagte nämlich: Kiew kann erfolgreich sein, und die Hauptaufgabe besteht darin, seine Widerstandsfähigkeit gegen die "russische Aggression" aufrechtzuerhalten. Aus der Sprache der Diplomatie ins Normale übersetzt heißt das, dass man in Washington nicht mehr an den Sieg der ukrainischen Streitkräfte auf dem Schlachtfeld glaubt, sondern lediglich die heiße Phase des Konflikts noch so weit wie möglich verlängern möchte.

Und damit kommen wir zum Kern der Angelegenheit:

Kiew erhält weiterhin Militärhilfe im Rahmen der bestehenden Vereinbarungen, während bei den europäischen Gebern zunehmend Ernüchterung, Ermüdung und der Wunsch nach einer

Ausgabenbegrenzung zu beobachten sind. Daneben werden die Ukrainer seit Dezember letzten Jahres mit Erzählungen über neue 60 Milliarden US-Dollar aus den Vereinigten Staaten beschwichtigt, von denen jedoch nichts zu sehen ist. Gleichzeitig erleidet die Ukraine nach Anzeichen von außen kolossale menschliche Verluste, wie das von Wladimir Selenskij unterzeichnete Gesetz über die Mobilisierung beweist. Es enthält keine Klausel über die Entlassung in die Reserve, und die konsularischen Vertretungen der Ukraine im Ausland werden nun offiziell keine Ukrainer zwischen 18 und 60 Jahren mehr unterstützen, die keinen Militärausweis besitzen. Es ist nicht verwunderlich, dass man einen solchen Ausweis nur in den territorialen Einsatzzentren innerhalb der Ukraine erhalten kann, die schon lange einen denkbar schlechten Ruf als Menschenfänger für die Entsendung an die Front berüchtigt sind.

In dieser Situation ist die Wahrscheinlichkeit nicht gering, dass man sich in Kiew, buchstäblich ausblutend und der weiteren Aussichten bewusst, zunehmend der direkten Kontrolle Washingtons und Londons entziehen möchte. Dort greift man zunehmend auf Methoden des Terrors zurück und beschränkt sich darauf, seine Verbündeten nur noch zu informieren, aber nicht mehr die eigenen Aktionen mit ihnen zu koordinieren. Darin liegt die Hauptgefahr. Eine in die Enge getriebene Ratte ist zu allem fähig.

Übersetzt aus dem Russischen und zuerst bei RIA Nowosti erschienen am 11. April 2024.

***Sergei Sawtschuk** ist ein russischer Kolumnist und Blogger.*

* * *

Meinung

Boeing und die USA sterben an Angst und Pessimismus

<https://freedert.online/meinung/201652-boeing-und-die-usa-sterben-an-angst-und-pessimismus/>

05.04.2024

Jede Nation hat ihre Symbole, darunter auch industrielle Symbole, die fortbestehen müssen. Was jedoch die US-Ikone Boeing betrifft, spinnen bei einigen Maschinen die Autopiloten, bei anderen fallen die Türen ab – doch warum bricht das Symbol der US-Industrie-Epoche wirklich zusammen?

Von Dmitri Kosyrew

Was ist eigentlich das Problem mit Boeing? Wenn Flugzeugtüren während des Fluges abfallen, sollte man die Leitung des Unternehmens jemandem übertragen, der sein ganzes Leben mit der Qualitätskontrolle von Produkten zugebracht hat. Das empfiehlt Michael Fredenberg, ein Diplomingenieur und langjähriger technischer Redakteur.

So jemanden müsste man eigentlich finden. Immerhin spinnen bei einigen Boeings die Autopiloten, bei anderen fallen die Türen ab – und das schon seit mehreren Jahren.

Doch die Leser reagierten auf Fredenbergs Artikel mit der Bemerkung, dass das Unternehmen gerade die Geschäftsführung wechselte und Stephanie Pope zur Vertriebsleiterin ernannte, die ein Programm zur Förderung der geschlechtsspezifischen und sonstigen Vielfalt im Unternehmen, insbesondere bei Frauen, sponsert. Was ist also zu erwarten?

Anders könnte es wohl nicht sein. Jede Nation hat ihre Symbole, nicht unbedingt industrielle Symbole, die fortbestehen müssen – für die eigene Selbstachtung des Landes. Und wir sprechen hier von einem Konzern, dessen "fliegende Festungen" Deutschland während des Zweiten Weltkriegs zerbombten und dessen B-52-Monster Indochina bombardierten (diese Flugmaschinen fliegen übrigens immer noch). Und das erste Düsen-Militärflugzeug, und das erste Düsen-Passagierflugzeug, und die berühmte 747 ...

Das Beweinen des Untergangs der USA ist ein ganzer Wirtschaftszweig in den Vereinigten Staaten, der sich zu Beginn unseres Jahrhunderts zu entwickeln begann. Aber warum nur in den USA, und warum nicht schon früher? Heute zitiert die Zeitschrift *The American Conservative* einen Roman des Engländers John le Carré. Und da gibt es diese Szene. Die B-52 sind gescheitert, die Evakuierung Saigons steht kurz bevor, und ein US-Oberst schüttelt einem britischen Geheimdienstoffizier die Hand und sagt: "Heißen Sie den Neuzugang willkommen. Die Vereinigten Staaten haben soeben beantragt, dem Klub der zweitrangigen Mächte beizutreten, in dem ihr Briten, so viel ich weiß, Vorsitzender, Präsident und ältestes Mitglied seid."

Das Erscheinungsjahr des Romans sowie das Jahr der Ereignisse in Saigon ist 1974. Wussten sie schon damals etwas? Dass der Hegemon zweitrangig sein würde?

Aber das ist eine mystische Vorgehensweise. Es gibt einen viel rationaleren, sogar arithmetischen Ansatz. Boeing ist kein Finanzdienstleister, sondern ein Industrieunternehmen. Und wer ist heute der erste Produzent der Welt? China, dessen Anteil unterschiedlich definiert wird, aber manchmal 45 Prozent der weltweiten Industrieproduktion ausmacht. Und es stellt sich die Frage: Woher soll

ein Konzern, selbst ein legendärer, die nötige Zahl von Mitarbeitern – vom Maschinenarbeiter bis zum genialen Erfinder – bekommen, wenn die Zahl der im eigenen Land verfügbaren Ressourcen einfach jedes Jahr sinkt? Das heißt, die nationale Ingenieur- und Produktionsschule schrumpft.

Und das Interessanteste sind hier die Bemerkungen eines Mannes, der nicht über Boeing schreibt, sondern über die allgemeine Situation und die Stimmung im Lande. Dies ist bereits eine dritte Sichtweise. Es geht um Stephan Helgesen, einen pensionierten Diplomaten, über 80 Jahre alt. Und er sagt: "Früher haben wir alles Mögliche gebaut, hergestellt und verkauft. Wir konnten alles an jeden verkaufen. Weil es auch nach Ablauf des Gültigkeitszeitraums noch funktionierte." (Übrigens wurden auch US-Ideen auf die gleiche Weise verkauft – dieser Diplomat konnte das sehr gut erkennen.) Und jetzt, sagt er, nehmen wir selbst das Land nicht mehr auf dieselbe Weise wahr, wir haben den Glauben an das Land verloren, wir haben Angst vor unserem eigenen Land und unseren Landsleuten, wir haben Angst, miteinander zu streiten – wir könnten ja jemanden beleidigen. Unsere unterschiedlichen Auffassungen von Politik, Kultur und Werten hätten uns auf einen Weg gebracht, die zum Zusammenbruch der Gesellschaft führe.

Also Angst und Pessimismus. Hier gibt es etwas sehr Interessantes und mathematisch undefinierbares. Man nennt es den Zeitgeist, den Geisteszustand. Wovon hängt dieser Geist ab – vom materiellen Wohlstand? Aber es waren die 30er- und frühen 50er-Jahre, als Boeing ein Wunderwerk nach dem anderen schuf. Die Menschen waren damals nicht wohlhabend, und in den 30er-Jahren war der Wohlstand überhaupt nicht spürbar. Aber die Menschen waren sich sicher, dass man etwas Einzigartiges entwickeln und herstellen konnte und dass es perfekt funktionieren würde – sie schufen es und waren stolz darauf. Und in einer solchen Situation störten unterschiedliche Ansichten über etwas niemanden, weil es immer noch gemeinsame Ansichten über die wichtigsten Dinge gab.

Warum bricht eine solche Epoche zusammen? Liegt es daran, dass die technische und produktive Basis zerfällt? Oder bricht sie im Gegenteil zusammen, weil sich der Geisteszustand verschlechtert hat und alle miteinander streiten? Jedenfalls sind große Epochen deswegen denkwürdig, weil plötzlich viele Menschen – manchmal gegen alle Widerstände – beginnen, an sich selbst und an das eigene Land zu glauben, und diese Menschen haben keine Angst, frei zu sagen, was sie denken, und das zu tun, was sie gut können.

Übersetzt aus dem Russischen. Der Artikel ist am 4. April 2024 zuerst auf RIA Nowosti erschienen.

* * *

Schwierige Kriegsfinanzierung

<https://freedert.online/meinung/201560-schwierige-kriegsfinanzierung/>

06.04.2024

Seit die USA keine Gelder mehr für die Ukraine überweisen, ist die EU zum hauptsächlichen Geldgeber und Waffensteller geworden. Aber nicht nur Waffen, Munition und Personal werden knapp. Auch die Finanzierung des Krieges macht zunehmend Probleme.

Von Rüdiger Rauls

Wer soll das bezahlen?

Seit Beginn des Krieges vor gut zwei Jahren hat die Ukraine Mittel in Höhe von "88 Milliarden Euro von der EU und ihren Mitgliedstaaten bekommen." Darüber hinaus erhielt das Land weitere Milliarden aus den USA und anderen Staaten des politischen Westens, sodass die Gesamtsumme

der Zahlungen und Waffenlieferungen mittlerweile in die Hunderte Milliarden geht. Dennoch reichen diese nicht aus, um Russland standzuhalten, geschweige denn sogar den Krieg zu gewinnen. Seit die USA kein Geld mehr schicken, ist dieses Ziel in noch weitere Ferne gerückt.

Nun versucht die Europäische Union (EU) diesen Ausfall wettzumachen, indem sie neue Mittel für die Ukraine in Höhe von 50 Mrd. Euro bereitstellt. Daraus "sollen bis einschließlich 2027 zusätzlich rund 38 Milliarden Euro an direkter Budgethilfe fließen, weitere sieben Milliarden Euro für Investitionen und fünf Milliarden Euro für Reformen in der öffentlichen Verwaltung. Zwei Drittel der Gesamtsumme sind zinsgünstige Kredite, der Rest Zuschüsse".

Der Krieg wird also immer europäischer. Diese Unterstützung verschlingt Unsummen. Darüber hinaus sollen die Rüstungsausgaben im Rahmen der NATO und der europäischen Staaten erhöht werden, denn man glaubt, auf einen umfassenden Krieg der NATO mit Russland vorbereitet sein zu müssen. Man sieht sich in einem "existenziellen Konflikt". Der französische Präsident Macron scheint wohl die vorherrschende Meinung im Bündnis auszudrücken, wenn er unwidersprochen behauptet: "Putin werde im Falle eines Sieges in der Ukraine nicht aufhören ... er, der nie seine Verpflichtungen eingehalten hat."

Aber woher sollen die Milliarden kommen, die man für all diese Aufgaben brauchen wird? Die USA können sich nahezu unbegrenzt verschulden, solange Gesetzgeber und die Investoren an den Finanzmärkten mitspielen. Für die Europäer der EU ist das schwieriger. Ihnen sind durch das Maastricht-Abkommen Grenzen in der Verschuldung gesetzt. Dieses gibt für die Defizite der Einzelstaaten einen Rahmen vor. Zwar werden dabei auch immer Ausnahmen gewährt, aber insgesamt wird darauf geachtet, dass sich nicht einzelne Länder auf Kosten der anderen zu sehr verschulden und damit zum Schaden für die innere Stabilität des Staatenbundes.

Am 21.3. dieses Jahres trafen sich die Staats- und Regierungschefs deshalb in Brüssel zu Beratungen über die Aufrüstung. "Innovative Quellen sollten erkundet werden, um die Verteidigungsausgaben zu erhöhen." Da die Zeit drängt, wurde den zuständigen Einrichtungen der EU der Auftrag erteilt, bis Juni "alle Optionen zu erkunden, um Finanzmittel aufzubringen." Weil besonders die deutsche Öffentlichkeit darauf bisher immer ablehnend reagiert hatte, hatte man ausdrücklich den Hinweis vermieden, dass es um nichts anderes geht als "gemeinsame Schulden" für die Aufrüstung.

Woher nehmen ...

Die finanzielle Lage der meisten europäischen Staaten ist nicht gerade rosig, denn der politische Westen hat sich mit seinen Sanktionen gegen Russland selbst ins Knie geschossen. Die Energiekosten explodieren wie auch die Preise vieler Grundstoffe für die europäische Industrie, die beispielsweise die Chemieunternehmen noch vor Jahren günstig aus Russland beziehen konnten. Eine Folge dieser Verknappung ist ein gewaltiger Preisanstieg besonders bei Energieträgern und Lebensmitteln.

In dieser Lage hatte die EZB nichts Besseres zu tun, als zusätzlich auch noch die Zinsen anzuheben und damit die wirtschaftliche Lage noch weiter zu verschärfen. Denn die reine Lehre der Inflationstheorien besagt, dass steigende Preise Inflation sind, und diese bekämpft man mit höheren Zinsen. Das ist die modernisierte Theorie des Aderlasses, übertragen auf die Wirtschaft. Man zapft dem durch Krankheit bereits geschwächten Patienten das Blut ab und wundert sich dann, dass sich sein Zustand verschlechtert.

Die EZB in ihrem wirklichkeitsfernen Elfenbeinturm erkennt nicht, dass die gestiegenen Preise nicht die Folge ausufernder Nachfrage sind, der Lehrbuecherklärung für Inflation, sondern Ergebnis

einer durch die Sanktionen verursachten Verknappung. Anstatt die Politik zu ermahnen, die ruinösen Sanktionen aufzuheben, erhöht sie die Zinsen nach dem Buchstaben der Inflationstheorien. Die Folge ist ein Rückgang der Wirtschaftstätigkeit, nachlassende Umsätze, zunehmende Insolvenzen. Die Bürger schränken ihren Konsum ein, weil sie sich vieles nicht mehr leisten können.

Ein Teufelskreis wird dadurch in Gang gesetzt: Viele Unternehmen fahren die Produktion runter oder verlagern sie teilweise, manchmal sogar ganz ins Ausland, weil dort besonders die Energiekosten niedriger sind. Das hat Auswirkungen auf die Staatsfinanzen, denn die Steuereinnahmen sinken. So hatte Deutschland schon Ende letzten Jahres auf die Finanzlage regieren müssen, indem es erst recht nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts auf Förderprogramme zusammenstrich und Einsparungen im Haushalt vornahm.

Mit seinen Haushaltsproblemen steht Deutschland in der EU aber nicht alleine. Auch "um die französischen Staatsfinanzen ist es offenbar schlechter bestellt" als gedacht. "Das schwächere wirtschaftliche Umfeld etwa in Deutschland und China" lastet schwer auf den Steuereinnahmen, sodass "das Defizit 2023 signifikant oberhalb der geplanten 4,9 Prozent gelegen habe." Die Neuverschuldung betrug für 2023 etwa 5,5 Prozent, "schmerzhafte Etatkürzungen werden dadurch unausweichlich." So wie den Franzosen geht es vielen Staaten in der EU, wobei Frankreich "mit mehr als drei Billionen Euro" am höchsten verschuldet ist.

... wenn nicht stehlen?

Warum eigentlich nicht? Da sind doch die üppigen Gelder der russischen Zentralbank, etwa 200 Mrd. Euro, die bei der SWIFT-Zentrale in Brüssel eingefroren sind. Diese werfen sogar jedes Jahr etwa 3 Milliarden Euro Zinsen ab. Die Guthaben der Russen zu enteignen, traut man sich noch nicht, aber die Zinsen glaubt man nach eigenem Rechtsverständnis, für sich und die Ukraine vereinnahmen zu können. Neunzig Prozent von diesen 3 Mrd. Zinsen sind vorgesehen für Waffenkäufe zugunsten der Ukraine.

Das ist aber nur ein Tropfen auf den heißen Stein angesichts umfangreicher Pläne zur Aufrüstung in den EU-Staaten. Die Rede ist von 100 Milliarden Euro. Diese Summe war erstmals von der estnischen Ministerpräsidentin Kaja Kallas ins Gespräch gebracht worden. Sie hatte im Dezember letzten Jahres gemeinsame Verteidigungsanleihen vorgeschlagen, die von der EU ausgegeben werden sollen. Dieselbe Summe hatte dann EU-Kommissar Thierry Breton zu Beginn des Jahres für die Schaffung eines "riesigen Verteidigungsfonds" gefordert.

Zwar haben schon seit 2014 die europäischen Staaten ihre Verteidigungsausgaben erhöht, aber mit dem Beginn des Krieges in der Ukraine stiegen diese noch einmal um 20 Prozent von "220 Milliarden im Jahr 2022 auf 290 Milliarden Euro im vorigen Jahr." Jedoch entspricht dieser Betrag nur 1,5 Prozent der Wirtschaftsleistung aller EU-Staaten. Sollen die anvisierten 2 Prozent erreicht werden, so müssen noch einmal 100 Milliarden Euro jährlich locker gemacht werden. Kein Wunder also, dass man da nach "innovativen Quellen" Ausschau halten muss angesichts der großen Vorhaben und der angespannten Haushaltslage in den europäischen Staaten.

Beim Geld hört die Freundschaft auf.

Die Uneinigkeit unter den europäischen Staaten über die Finanzierung der Aufrüstung ist groß. Man ist sich nicht nur uneins, wie diese Aufrüstung finanziert werden soll, sondern auch, ob sie überhaupt im Einklang steht mit den europäischen Verträgen und ihren Grundsätzen. Klar aber ist, dass zur Durchführung dieses Vorhabens, die Rüstungsindustrie "besseren Zugang zu öffentlicher und privater Finanzierung haben muss", das heißt: mehr Geldquellen.

Zur Umsetzung der Finanzierung stehen zwei Ansätze zur Diskussion. Einer davon ist die Ausgabe von EU-Anleihen, die dann durch die Einzelstaaten besichert werden müssen. Diese Lösung wird besonders von Frankreich gefordert, von Deutschland hingegen strikt abgelehnt, mit dem Hinweis, die "EU sei kein Bundesstaat", in dem die Schulden des einen von anderer Seite ausgeglichen werden. Gerade angesichts der enormen Verschuldung Frankreichs wäre das ein hohes Risiko.

Eine andere Überlegung ist die Einschaltung der Europäischen Investitionsbank (EIB). Diese ist aber nicht unproblematisch. Denn bisher besteht der Förderungsauftrag der Bank nur im Bereich ziviler oder Dual-use-Projekte, also solchen, die sowohl zivilen als auch militärischen Charakter haben. Die Erhöhung der Rüstungsausgaben ist aber ein eindeutig militärisches Vorhaben ohne zivile Komponente. Das ist nicht nur Willenssache, sondern hat auch praktische Hintergründe.

Die Kapitalgeber der EIB als Hausbank der EU sind die Einzelstaaten. Sie legen die Richtlinien der Verleihpraxis der Bank fest, die bisher auf die ausgewogene Entwicklung des EU-Binnenmarktes ausgerichtet war. Das aber trifft auf die Aufrüstung der EU nicht zu. Zudem sind Österreich, Malta, Irland und Zypern keine NATO-Mitglieder, sodass das 2-Prozent-Gebot der NATO für sie nicht maßgeblich ist, das sie aber mitfinanzieren müssten.

Doch selbst für manche NATO-Staaten der EU sind die Schwerpunkte anders. Die Länder des europäischen Südens befürchten eine Verlagerung der Finanzierung zu ihrem Nachteil von der Förderung von Klimaprojekten hin zur Stärkung von Rüstungsausgaben. Denn manchen Ländern macht der "Klimawandel mehr Sorgen als der Krieg in der Ukraine", wie es ein spanischer Vertreter unumwunden ausdrückte.

Selbst wenn sich die EU-Staaten auf eine Regelung einigen könnten, wie die Aufrüstung mit den Vorschriften der EIB in Einklang zu bringen wäre, so wäre damit immer noch die Rechnung ohne den Wirt gemacht. Der Wirt sind die Investoren an den Finanzmärkten. Bisher genießt die EIB dort ein TOP-Rating, was ihr das Geld der Anleger zu günstigen Konditionen verschafft. Dieses könnte aber gefährdet sein, wenn die EIB nun Waffenproduktion finanziert. Denn "wer Krieg finanziert, steigert das Risiko."

In vielen Investment-Produkten institutioneller Anleger sind Ausgaben für Waffenproduktion ausgeschlossen. Diese Fonds dürften dann nicht mehr bei der EIB investieren, womit ein beträchtlicher Kundenstamm ausfallen würde. Oder aber die Staaten der EIB als Eigentümer müssten ihre Einlagen bei der Bank erhöhen. Das jedoch dürfte angesichts der ohnehin schon knappen Kassen schwierig umzusetzen sein.

Nun träumen viele vom Rückgriff auf die eingefrorenen russischen Vermögen. Doch davor warnt besonders die EZB. Man würde die Büchse der Pandora öffnen und Präzedenzfälle schaffen, die auf die EU selbst zurückfallen könnten. Denn gerade die Sicherheit von Anlagen in der EU machen deren Beliebtheit bei ausländischen Investoren aus. Zudem haben auch EU-Staaten Geld im Ausland angelegt, das eingefroren werden könnte. Hinzu kommen andere europäische Vermögenswerte wie die überall in der Welt getätigten Investitionen in Produktionsanlagen, die nicht so einfach nach Hause geholt werden können.

***Rüdiger Rauls** ist Reprofotograf und Buchautor. Er betreibt den Blog *Politische Analyse*.*

* * *

Die Verbindung zwischen Bandera-Nazis und Islamisten wurde in Berlin geschmiedet

<https://freedert.online/meinung/201255-verbinding-zwischen-bandera-nazis-und/>

07.04.2024

Es ist nicht einfach nur ein gemeinsamer Feind, der die ukrainischen Nazis und ihre moslemischen Verbündeten vereint. Sie teilen eine gemeinsame Geschichte, denn sie teilen schon seit über 80 Jahren den Auftraggeber – wenn auch nicht immer denselben.

Von Dagmar Henn

Wie kommt es dazu, dass die Nationalisten in Kiew gute Verbindungen zu islamistischen Terroristen haben? Klar, beide haben ihre Kontakte zur CIA. Diese Nähe ist aber wesentlich älter. Und man findet die Ursprünge wieder einmal in Berlin.

Wenn man die Geschichte der Nazi-Hilfstruppen kennt, kommt einem die ganze Geschichte der NATO-Osterweiterung vor wie eine Wiederholung. Litauen und Lettland – da werden sogar Gedenkmärsche für die SS veranstaltet, ebenso wie in der Ukraine. Auch im Zusammenhang mit der Zerstörung Jugoslawiens tauchten schon einige Organisationen auf, die bereits in den 40er-Jahren des vergangenen Jahrhunderts berüchtigt waren, wie die kroatische Ustascha. Wenn man sich die Pläne zur Aufteilung Russlands betrachtet, die mittlerweile sogar der Europarat diskutiert, erinnern sie fatal an ähnliche Pläne, die über Jahrzehnte der Antibolschewistische Block der Nationen pflegte, eine Organisation, in der sich viele dieser Naziverbündeten sammelten und die interessanterweise ihren Sitz an der gleichen Adresse hatte wie die OUN (B), und lange Zeit den gleichen Vorsitzenden teilte: Jaroslaw Stezko.

In München finden sich aber noch mehr interessante Adressen, und eine davon war der Auslöser für eines der wenigen Bücher, die sich mit einem anderen Teil dieser Nazikollaborateure befasst: "Die vierte Moschee" des amerikanischen Journalisten Ian Johnson. Diese Moschee steht an der Freisinger Landstraße in München, und sie wurde für den moslemischen Teil der Nazikollaborateure errichtet – Tataren, Usbeken, Tadschiken, Tschetschenen ...

Viele wissen, dass es bei der Schlacht um Stalingrad um den Zugang zu den Ölreserven am Kaspischen Meer ging. Auch die Stadt Baku kommt leicht in den Sinn. Aber es gab ein zweites Ölförderzentrum nicht ganz so weit im Süden, das ebenfalls ins Visier genommen wurde, auch wenn man mit dem Namen dieser Stadt heute etwas ganz Anderes verbindet: Grosny. Die Kontrolle über die Rohstoffe des Kaukasus zu übernehmen, sollte durch die Förderung antisowjetischer Truppen erleichtert werden. Nach dem ursprünglichen Plan, die gesamte Sowjetunion zu erobern, reichten diese Bemühungen bis Zentralasien (ein Bruchteil davon ist in dem Film "Sieben Jahre in Tibet" zu sehen).

Das reiche Angebot an moslemischen Hilfstruppen wurde von Gerhard von Mende betreut, der, wie sein Vorgesetzter Alfred Rosenberg, Deutsch-Balte war. Er sorgte dafür, dass sowjetische Kriegsgefangene moslemischen Glaubens herausgefiltert wurden und das Angebot bekamen, man werde sie gut versorgen, wenn sie bereit wären, gegen die Sowjetunion zu kämpfen. Auch die SS unterhielt einen "Osttürkischen Waffenverband", der, so Johnson, "unter dem Kommando der SS Partisanen in der Ukraine, Griechenland und Italien" bekämpfte, und "wegen seines Einsatzes bei der Niederschlagung des Warschauer Aufstands" berüchtigt war.

Mende war so überzeugter Nazi, dass er der Adolf-Hitler-Schule in Sonthofen ideologische Ratschläge erteilte; auch da passte er zum Amtsleiter Alfred Rosenberg, der immerhin die

"Rassenlehre" der Nazis geschrieben hatte. Offiziell hieß das Amt Rosenbergs "Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete", und die Kontrollinstanz für die Bandera-Ukrainer befand sich nur eine Zimmertür weiter.

Rosenberg hatte übrigens bereits 1927 vorgeschlagen, sich die ukrainischen Nationalisten zunutze zu machen. Seine Behörde war es, die bereits vor dem deutschen Angriff auf die Sowjetunion die Vorgaben für die Besatzungspolitik, aber auch die weiteren Kriegsziele entwickelte. Rosenbergs Vorstellungen kommen einem derzeit sehr bekannt vor:

"Kraft seines Amtes wollte er um das verbleibende russische Kerngebiet einen Gürtel aus Pufferstaaten legen, wobei die Ukraine, Weißrussland, die baltischen Staaten, der Kaukasus und Turkestan wenigstens dem Namen nach eigenständig sein sollten."

Man war sich innerhalb der Nazielite nicht immer ganz einig, welche Völker zur Sklavenarbeit verdammt und ermordet, und welche als Verbündete hofiert werden sollten, und beide Zustände konnten auch fließend ineinander übergehen. Jedenfalls gab es diese Hilfstruppen aus den moslemischen Minderheiten, und wie die Bandera-Ukrainer folgten sie der Wehrmacht auf ihrem Rückzug und fanden sich nach dem Zweiten Weltkrieg in den gleichen Flüchtlingslagern, den Lagern für die "Displaced Persons", wieder.

Selbst im Wikipedia-Artikel über von Mende lässt sich herauslesen, wie sehr Mende nach 1945 bemüht war, seine Kontakte zu "verwerten"; als es anfänglich mit den US-Amerikanern nicht klappte, zog er extra in die britische Zone. Aber Mende ließ sich seine Hilfstruppen nie vollständig abknöpfen. Überhaupt bildete sich ein interessanter Sumpf um diese "Ostflüchtlinge", zwischen OSS/CIA, MI6, Abwehr II, SD- und SS-Leuten und, sowie sie gegründet waren, dem Bundesamt für Verfassungsschutz und dem BND. Übrigens, die Abwehr II war jene Abteilung des Nachrichtendienstes der Wehrmacht, die für die Organisation von Terroranschlägen zuständig war. Wie man sieht, auch hier eine alte Tradition.

Die Nähe zwischen etwa den Bandera-Ukrainern und den Resten der muslimischen Hilfstruppen ergab sich aber nicht nur über vielfache Überschneidungen bei ihren Auftraggebern, sondern sie teilten oft auch über Jahre hinweg die gleichen Wohnsitze. Rund um München gibt es ganze Siedlungen, die aus derartigen DP-Lagern entstanden sind und sie begegneten sich auch bei einem in diesen Kreisen sehr beliebten Arbeitgeber, dem CIA-betriebenen Radio *Free Europe/Radio Liberty*. Die bayerische Staatsregierung beglückte nicht nur die Ukrainer mit der Möglichkeit, eine der nationalistischen Ideologie verpflichtete Universität in München zu gründen, sie baute auch eine Moschee für die Angehörigen der muslimischen Hilfstruppen, die im späteren Verlauf eine wichtige Rolle bei der internationalen Ausdehnung der Muslimbrüder spielen sollte – der Grund, warum sich Ian Johnson überhaupt mit ihrer Vorgeschichte beschäftigte.

Der ukrainische Teil dieses Konglomerats kehrte mit der Unabhängigkeit sofort in die Ukraine zurück und bemühte sich, möglichst viel Einfluss zu gewinnen. Die Kontakte zu all diesen anderen Strukturen wurden gewissermaßen mitgebracht; ukrainische und georgische Nationalisten kannten sich aus München, aber die erste Verbindung kam über Berlin. Genauso verhält es sich auch mit kaukasischen Islamisten.

Das bedeutet nicht, dass sich die Personen notwendigerweise kannten; aber in dieser Schattenwelt des antisowjetischen Exils, die sich über Jahrzehnte mit Anschlägen und Sabotageakten am Leben hielt, blieben die alten Kontakte die Grundlage des Vertrauens. Was vielleicht, wenn man nicht ideologische Nähe unterstellen will, der Grund dafür ist, warum die CIA in den letzten Jahrzehnten so sehr auf diese alten Verbindungen aufbaute – in einer Umgebung des Verbrechens ist Vertrauen das Gut, das am schwersten zu haben ist. Es ist nicht ungewöhnlich, dass ganze Netzwerke geteilt

oder (manchmal) übergeben werden; die Ukrainer hatten die Nazis einst vom vatikanischen Geheimdienst geerbt.

Erstaunlich ist allerdings, dass die politischen Ziele, die heute verfolgt werden, von den ukrainischen Diensten wie von ihren Verbündeten, nach wie vor so aussehen, wie sie das Amt Rosenberg einmal erdachte. Man sollte eigentlich annehmen, dass nach über achtzig Jahren zumindest bedeutende Unterschiede erkennbar sind. Aber man stößt nicht nur immer wieder auf die gleichen Querverbindungen, ob nun zwischen den ukrainischen und georgischen Nationalisten oder weiter in den Kaukasus, es werden die gleichen Absichten verfolgt. Tadschikische Islamisten, die unter Anleitung ukrainischer Geheimdienstler mit Wissen der CIA Anschläge verüben, um Russland zu schwächen, das ist wie eine Wiederkehr der Abwehr II in Zusammenarbeit mit dem Amt Rosenberg, eine Fortsetzung des gleichen alten Generalplans Ost im Gewand der NATO.

* * *

Corona-Aufarbeitung? Der WDR, Wieler und die RKI-Files

<https://freedert.online/meinung/201771-corona-aufarbeitung-wdr-wieler-und/>

08.04.2024

Der WDR präsentiert eine Dokumentation zum Thema der "Corona-Aufarbeitung". Der Beitrag wird maßnahmenkritische Bürger bestätigen, je nach Erwartung auch enttäuschen. Der WDR wollte vom Autoren hinsichtlich zugesandter Fragen erfahren: "Wissen Sie schon, für welches Medium sie veröffentlichen möchten?"

Von Bernhard Loyen

Am 18. März veröffentlichte das Online-Medium *Multipolar* die seitens der Redaktion im Vorjahr juristisch erstrittenen sogenannten "RKI-Files". Etablierte Medien reagierten in ihrer diesbezüglichen Berichterstattung vordergründig mit dem offensichtlichen Ansinnen, den Journalisten Paul Schreyer und sein Medium zu diskreditieren. Im Verlauf von rund zwei Wochen sammelte der "Verschwörungsmystiker", als erneut gestempelter "rechter Journalist" und zudem als bedingt seriös deklarierte Schreyer diesbezügliche Berichterstattungen. Dazu heißt es einleitend am 4. April auf *Multipolar*:

"Warum Journalismus keine Verschwörungstheorie und Multipolar kein 'rechtes' Magazin ist': Die von Multipolar freigelegten RKI-Protokolle haben eine breite politische Debatte zur Aufarbeitung der Corona-Zeit in Gang gesetzt. Einige Medien versuchen nun, unsere Glaubwürdigkeit anzugreifen. Multipolar sei 'rechts' oder 'verschwörungstheoretisch', so etwa der Spiegel und die Süddeutsche Zeitung."

Der WDR berichtet rund eine Woche nach Veröffentlichung erstmalig in einer Kurznachricht über die "RKI-Files". Diese hätten in den (sozialen) Medien "eine kontroverse Debatte entbrannt". Weiter heißt es:

"'Multipolar' interpretiert das so, dass nicht das RKI die Risikobewertung vorgenommen, sondern es politischen Druck gegeben habe. Zudem gibt es Passagen, in denen schwere Konsequenzen von Lockdowns thematisiert und FFP2-Masken als wirksamer Schutz vor einer Ansteckung angezweifelt werden."

Am 26. März veröffentlichte der Sender auf seinem YouTube-Kanal "WDR Doku" die bis dato medial wenig wahrgenommene Dokumentation: "Corona: Was haben wir falsch gemacht?". Der Text unter dem Beitrag lautet:

"Nach der Veröffentlichung interner RKI-Protokolle mit Schwärzungen stehen die Maßnahmen der Politik während der Corona-Pandemie erneut im Fokus. Wir sind Anfang 2024 der Frage nachgegangen, wie die Politiker und Wissenschaftler ihr damaliges Vorgehen im Rückblick selbst bewerten. Die Dokumentation gibt einen intimen Einblick in die Entscheidungen der Bundes- und Landesregierung und zieht gemeinsam mit Politikern und Experten kritisch Bilanz."

Erste Auffälligkeit: Die Redaktion änderte nach wenigen Tagen den Titel des Startbilds in der YT-Mediathek. Am 26. März hieß es noch:

"Wo haben wir Fehler gemacht?"

Wenige Tage später verschwand dann auch optisch ein Protagonist des Beitrags, Ex-RKI-Chef Lothar Wieler, um gegen eine kläglich dreinblickende Seniorin ausgetauscht zu werden. Die Beschriftung fragt jedoch nicht mehr nach Fehlern, sondern nun heißt es schlicht:

"Das Virus und unsere Freiheit"

Warum nicht konsequent(er): "Das Virus, die einfordernde Politik und die eingeschränkte Freiheit der Bürger"? Die zweite Variante bezieht sich dabei auf den ursprünglichen Titel des Beitrags bei der Erstveröffentlichung vom 10. Januar in der *ARD-Mediathek*.

Der Autor – als freiberuflicher Journalist in der Mail eindeutig deklariert – hat beim *WDR* nachgehakt. Anstatt einer schlichten Beantwortung zu unspektakulären Fragen hieß es in der Rückmeldung:

"Hallo Herr Loyen, danke für Ihre Anfrage. Erlauben Sie eine Rückfrage: Wissen Sie schon, für welches Medium Sie recherchieren bzw. veröffentlichen möchten?"

Die daraufhin erfolgte schriftliche Gegenfrage, ob dieses Vorgehen ein gängiges Prozedere innerhalb des *WDR* darstellt, wurde, wie auch die vorherigen Fragen, bis zur Veröffentlichung des Artikels leider nicht beantwortet.

Inhaltlich reiht sich die Dokumentation erneut in das bekannte Regiemuster bis dato produzierter Beiträge öffentlich-rechtlicher Medien zum Thema "Corona-Aufarbeitung" ein. Grob zusammengefasst in den einzelnen Kapiteln: "es war ja so wenig bekannt, es herrschte große Unsicherheit, die Impfung versprach alles und so vieles, aber..., und beim nächsten Mal sind wir besser vorbereitet".

Interviewt wurde nicht der gelernte Bankkaufmann und ungelernte Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU), sondern der gelernte Maschinenschlosser und ungelernte NRW-Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales in Nordrhein-Westfalen Karl-Josef Laumann (CDU). Laumann zeigt sich immerhin kritisch zu den drei dunklen Jahren. Dieser wollte zum Beispiel im März 2020 die Spielplätze geöffnet lassen. Laumann erklärt:

"Das habe ich drei Tage durchgehalten, weil das mediale Echo einfach so war: "Ist der verrückt geworden? Wie kann der erlauben, dass die Kinder auf den Spielplatz gehen?"

Laumann erklärt dann den Zuschauern, dass das "mit dem Wissen von heute kein Mensch mehr fordern würde". Mit dem Wissen, welcher Verantwortlicher – aus den Bereichen Politik, Wissenschaft und Medien? – von heute? Die *WDR*-Redaktion hakte nicht nach. Herr Laumann ist sich auch sicher, "trotzdem, was wir gemacht haben" seien in Nordrhein-Westfalen "33.000

Menschen an Corona gestorben". Durch oder mit Corona? Die WDR-Redaktion hakte nicht nach. Der amtierende Gesundheitsminister Karl Lauterbach wird zu offensichtlich verschont – da immerhin zum Interview bereit – darf oder will nur einen völlig irrelevanten Satz äußern. Das Thema Frühphase der "Corona-Pandemie", Geld und Fehler, da wir "nicht ausreichend vorbereitet" waren.

Fehler? Hat Herr Lauterbach elementare, nötige und schädigende Fehler gemacht? Die WDR-Redaktion hakte auch hier nicht nach, wollte es nicht von ihm erfahren. Lauterbach wird dafür aus dem WDR-Archiv geholt und darf rund zehn Minuten vor Ende des 45-minütigen Beitrags noch einmal seitens der Redaktion unkommentiert als mutwilliger Spalter der Gesellschaft glänzen. Dies in seiner Rede vom 10. Dezember 2021 im Deutschen Bundestag zum Thema "Gründe der verpflichtenden Impfpflicht im Gesundheitswesen":

"Eine solche Impfpflicht ist nötig [...] es ist in keiner Weise akzeptabel, in keiner Weise akzeptabel, dass in Einrichtungen, wo Menschen leben, die ihren Schutz uns (sic!) anvertraut haben, dass dort noch unnötigerweise Menschen sterben, weil Ungeimpfte dort gearbeitet haben."

Wurde dieser Ausschnitt der bewussten, willkürlichen Gesellschaftsspaltung durch einen leitenden Politiker als kritisches Zeitdokument ausgewählt? Wer es glauben mag. Die Thematisierung lebensbedrohlicher, wie auch lebeenseinschränkender Folgeereignisse, dem Leid nach Erhalt einer oder mehrerer mRNA-Injektionen, fällt im Vergleich zu Lauterbachs "Steckenpferd" der Stunde, 'Long COVID', im Beitrag mit 1:4 aus. Auch hier eine eindeutige, zu offensichtliche Schiefelage in der Vermittlung einer dringend benötigten "Corona-Aufarbeitung". So heißt es:

"Das Virus ist weltweit nicht nur verantwortlich für Infizierte und Tote, sondern auch für Millionen chronisch Kranke."

Das Thema Corona sei "weitgehend aus dem politischen Alltag verschwunden", resümiert die WDR-Redaktion. Wörtlich heißt es:

"Die Bundesregierung tut sich schwer, Gelder für Spätfolgen der Pandemie zur Verfügung zu stellen."

Spätfolgen, belastende chronische Ereignisse und Kranke außerhalb von "Long COVID"? War da, ist da nicht etwas sich stetig manifestierend, auf allen nur erdenklichen gesellschaftlichen Ebenen? Die WDR-Redaktion möchte es nicht weiter darlegen und erläutern. Darf, also kann und will der "souveräne" Ex-RKI-Chef Lothar Wieler wenigstens etwas Erhellendes beitragen? Das Schriftprotokoll gibt nach Ansicht für den Artikel folgende Wieler-Zitate her:

- *"Den Vorwurf, dass die Demokratie gefährdet war – durch das Infektionsschutzgesetz (IfSG) ab November 2020 – den habe ich nicht verstanden. Die ganze Zeit gab es und gibt es auch nach wie vor ein Parlament. Die haben ja jederzeit die Möglichkeit gehabt, diese Dinge (sic!) zu ändern."*
- *"Die Maske wurde ja dann zu einem Symbol der Unfreiheit – das habe ich nie verstanden, weil uns ja die Maske Bewegungsfreiheit gegeben hat."*

Herr Wieler möchte auch noch einmal klarstellen:

"Die größte Währung ist das Vertrauen. Ohne Vertrauen wird es sehr, sehr schwer, Menschen dazu zu bewegen, etwas zu tun oder zu lassen."

Was geschah jedoch mit den Menschen, die dieses Vertrauen in den drei dunklen Jahren nicht

besaßen oder mit der Zeit verloren, begründete Kritik und Zweifel anmeldeten? Auch hier hakte die *WDR*-Redaktion bei keinem der beteiligten Protagonisten nach. Es kamen zu Wort eine bemühte Soziologin – kein bekanntes Mediengesicht – und eine Immunologin zum Thema "Long COVID", auch sie kein bekanntes Mediengesicht.

Ein weiterer eher unbekannter Protagonist, Wolfgang Schmidt, unter der Regierung Scholz ab Dezember 2021 "Bundesminister für besondere Aufgaben/Chef des Bundeskanzleramtes", erklärt, wie schwer errungen, dabei jedoch unumstößlich wichtig und sinnstiftend, die Entscheidung des politischen Berlin ab Frühjahr 2020 war, eine Strategie der öffentlichen Gesundheit zur Verlangsamung der Ausbreitung eines "unbekannten" Virus zu präsentieren. Der *WDR*-Beitrag ergänzt: "Flatten the curve wird zum Schlagwort".

Im Februar 2024 erklärte der damalige Regierungsberater und verantwortlicher Autor des "Corona-Panikpapier des Bundesinnenministeriums", der nicht interviewte Soziologe Heinz Bude, bei einer Podiumsdiskussion wortwörtlich, "jetzt aus dem Nähkästchen geplaudert":

"Wir haben gesagt, wir mussten, wir müssen ein Modell finden, um Folgebereitschaft (sic!) herzustellen, das so ein bisschen wissenschaftsähnlich ist. Diese Formel haben wir dann 'Flatten the Curve' genannt [...] Wenn ihr – die Bürger – schön diszipliniert seid, könnt ihr die Kurve verändern."

Konnte, weil unbekannt, oder wollte die *WDR*-Redaktion diese Passage im Beitrag bis zur Veröffentlichung am 26. März auf YouTube nicht noch einmal überarbeiten? Der Betriebshaushalt des *WDR* für das Jahr 2023 lag bei über 1 Milliarde Euro. Konnte oder wollte man die brisanten und vor allem erkenntnisreichen "RKI-Files" nicht mehr ergänzend in die Dokumentation einfügen?

Zusammenfassend kann man keinesfalls von einem Beitrag sprechen, der einer effektiven "Corona-Aufarbeitung" dient und nützlich ist. Erneut muss daher leider mutwillige "Sabotage", also bewusste Verhinderung einer glaubwürdigen Unterstützung der gesellschaftlichen Befriedigung unterstellt werden. Sie dient fatalerweise sogar dem weiterhin grassierenden "Corona-Spaltpilz" als medial düngenden Nährstoff. Ein erwartbares Ergebnis der politisch-medialen Auftragsarbeit, dank "ihrer 18,36 Euro GEZ-Gebühren".

* * *

Nicaraguas Klage schlecht vorbereitet – dennoch zeigt sie Deutschlands Heuchelei

<https://freedert.online/meinung/202059-nicaraguas-klage-ist-schlecht-vorbereitet-dennoch-zeigt-sie-deutschlands-heuchelei/>

09.04.2024

Am Dienstag hat die deutsche Seite dem Internationalen Gerichtshof ihre Erwiderung auf die Klage Nicaraguas vorgetragen. Die Verteidigungslinie Berlins bringt eine Überraschung: Man sieht, dass im Gazastreifen etwas verdächtig Völkerrechtswidriges läuft und reagiert darauf. Doch reicht es, einfach nur keine Beihilfe zu leisten?

Von Alexej Danckwardt

Am Montag und Dienstag wurden am Internationalen Gerichtshof der Vereinten Nationen (IGH) in Den Haag die mündlichen Vorträge in dem Klageverfahren Nicaraguas gegen Deutschland gehalten. Wie bekannt, beschuldigt der lateinamerikanische Staat Berlin, es habe gegen völkervertraglich übernommene Pflichten verstoßen, Völkermord zu verhindern, und unterstütze

Israel sogar bei dem mutmaßlichen Genozid der Palästinenser und bei Kriegsverbrechen im Gazastreifen.

Am Montag hatten Nicaragua und seine Vertreter das Wort, am Dienstag erwiderten von Deutschland beauftragte Diplomaten und Juristen mündlich auf die Klage. Vorerst geht es "nur" darum, ob der IGH wie im Fall Südafrika gegen Israel provisorische Maßnahmen verhängen soll, doch ausgetauscht wurden bereits jetzt Argumente, die die Hauptsache selbst betreffen, und so kann man schon heute einiges zu den Aussichten der Klage sagen.

Ausgangspunkt ist Artikel 1 der Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes aus dem Jahr 1948 (im Folgenden "Völkermordkonvention"). Er lautet:

"Die Vertragsschließenden Parteien bestätigen, dass Völkermord, ob im Frieden oder im Krieg begangen, ein Verbrechen gemäß internationalem Recht ist; sie verpflichten sich zu seiner Verhütung und Bestrafung."

Und genau gegen die Verpflichtung, Völkermord zu verhüten, ihn mit anderen Worten zu verhindern, verstößt Deutschland nach Auffassung des Klägers aus Lateinamerika im Falle des Krieges im Gazastreifen aktuell und laufend.

Wie die Richter entscheiden werden, ist weiter offen, haben sie doch in den letzten Monaten durchaus Mut gezeigt und überraschend mehrmals gegen die Meinung des kollektiven Westens entschieden, sowohl zum Gaza-Krieg als auch in Verfahren der Ukraine gegen Russland.

Leider macht die Klage Nicaraguas im Ergebnis der mündlichen Anhörung diese Woche den Eindruck, schlecht vorbereitet und überstürzt erhoben worden zu sein. Offensichtlich gab es in ihrem Vorfeld keinen, jedenfalls keinen intensiven Austausch diplomatischer Noten zwischen Managua und Berlin, sodass die Anwälte des Letzteren sich jetzt im Gerichtssaal darauf zurückziehen können, dass es auch keinerlei Rechtsstreit – keine unterschiedliche Auslegung des Völkerrechts – gibt. Und damit auch keinen Rechtsweg zum höchsten Gericht, das darüber entscheidet, was Völkerrecht ist.

Auch die Aufarbeitung der faktischen Basis der Klage, das Fact-Finding wie das Beschaffen von Beweismitteln, hat Managua offenbar nachlässig betrieben.

Deutschland zieht in seiner Argumentation alle Register, und vieles davon ist absurd – so die Auffassung, dass der Prozess ohne Beteiligung Israels nicht stattfinden könne. Die Pflicht, Völkermord entgegenzuwirken, gilt für jeden Unterzeichnerstaat der Völkermordkonvention und wirkt universell, unabhängig davon, wo der Genozid geschieht und wer ihn begeht. Die gerichtliche Überprüfung der Achtung **dieser** sekundären Pflicht kann nicht davon abhängen, ob der unmittelbare Völkermörder sich dazu herablässt, im Gerichtssaal zu erscheinen.

Ebenso in hohem Maße widersinnig waren die Ausführungen eines der von Deutschland beauftragten Juristen dazu, dass die Pflicht zur Verhütung von Genozid erst dann vor Gericht eingeklagt werden könne, wenn der Völkermord bereits erwiesen sei. Das ist eine Nebelkerze, auf die Deutschlands Verteidigungsstrategie jedoch großen Wert legte. Widersinnig ist das Argument schon deshalb, weil die Pflicht, einen Genozid zu verhindern, keinen Sinn ergibt, wenn sie erst dann einsetzt, wenn der Völkermord schon geschehen ist. Sie muss notwendigerweise viel früher, bei ersten Anzeichen, vielleicht sogar bei verbalen Bekundungen einer Absicht einsetzen. Entsprechend kann vor dem IGH auch darüber gestritten werden, wann genau dieser frühe Zeitpunkt ist und was genau der Unterzeichnerstaat der Konvention wann hätte tun müssen.

Aber Berlin hatte auch starke Argumente im Koffer. Argumente, die einerseits die Klage Nicaraguas zu Fall bringen können – die aber andererseits politischer Zündstoff sind und die Heuchelei der deutschen verbalen Unterstützung für Israel offenlegen. Argumente, die Israelkritikern auf unerwartete Weise Recht geben.

Die nachfolgende Grafik war den Anwälten Berlins so wichtig, dass sie sie gleich dreimal den Richtern und dem Publikum im Saal und vor dem Bildschirm präsentierten.

Glaubt man den Vertretern Deutschlands, so zeigt sie die Entwicklung der Genehmigungen deutscher Waffenexporte nach Israel seit Oktober letzten Jahres. Wie man sieht, ist das Volumen genehmigter Lieferungen von 203 Millionen Euro im Oktober 2023 über 24 Millionen im November auf weniger als eine Million Euro im Februar des laufenden Jahres gefallen. Und, so der deutsche Prozessbevollmächtigte ausdrücklich, im Oktober war sie nur deshalb so hoch, weil man da noch nicht wusste, wie das Vorgehen Israels aussehen wird. Zudem habe man damals noch unter Eindruck des Hamas-Überfalls am 7. Oktober gestanden.

Aus dem verklausulierten Juristenenglisch in verständliches Deutsch übersetzt, bedeutet dies nichts anderes als:

"Wir sehen, dass in Gaza etwas gewaltig schief läuft, und reagieren darauf."

Na, wenn das nicht Munition für Kritiker Israels ist!

Genauso legte man in den deutschen Plädoyers besonderen Wert darauf, dass auch die Bundeswehr direkt keine Rüstungsgüter liefert, mit denen Zivilisten getötet werden können, dies das letzte Mal im Oktober getan habe und das meiste eh nur für Forschungs- und Übungszwecke gedacht sei.

Wie sich das mit den unveränderten verbalen Solidaritätsbekundungen für Israel aus dem Munde deutscher Politiker, etwa von Außenministerin Annalena Baerbock, verträgt, dürfte nun beide Seiten – Israelkritiker wie Israelfreunde – glühend interessieren. Irgendetwas ist geheuchelt, entweder die Völkerrechtstreue Berlins, die zu den vorstehend visualisierten Entwicklungen führt, oder die allgegenwärtigen Treueschwüre für Tel Aviv.

Die alles entscheidende Frage (von juristischen Formalitäten abgesehen, an denen Nicaraguas Klage bei Bedarf auch jederzeit scheitern kann) ist nun, ob die Richter des IGH den Mut haben auszusprechen, dass die Pflicht, Völkermord zu verhindern, zu mehr verpflichtet, als nur keine Beihilfe zu leisten.

Was Berlin alles in anderen Fällen zu tun bereit ist, zeigt ja ganz aktuell sein Vorgehen gegen Russland. Wohlgermerkt gegen das Russland, gegen das der Genozidvorwurf wegen seines Handelns in der Ukraine nur in der massenmedialen Propaganda des Westens erhoben wird. Gegen das Russland, das in gleich zwei vorläufigen Entscheidungen der internationalen Richterbank eine weitaus bessere Beurteilung erhalten hat, als von seinen Feinden angestrebt und von seinen Freunden befürchtet.

Erinnern wir uns: Das israelische Vorgehen im Gazastreifen hat schon jetzt, nach sechs Monaten, dreimal mehr Zivilistenleben allein unter den Palästinensern gefordert als der Krieg in der Ukraine in zwei Jahren auf beiden Seiten. Doch wo sind Sanktionen Deutschlands gegen Israel? Wo ist nicht nur das Herunterfahren neuer Genehmigungen für Rüstungsexporte, sondern der Stopp der Ausführung aller früher genehmigten Exporte? Wo ist der Druck auf Tel Aviv mit wirtschaftlichen Mitteln, mit der Streichung direkter Flüge, dem Verbot von Banküberweisungen? Wo ist die deutliche verbale Schelte?

All das, mindestens das, kann der IGH einfordern, wenn er Artikel 1 der Völkermordkonvention als die Pflicht zum aktiven Handeln gegen einen beginnenden Völkermord auslegt. Das Verfahren Nicaragua gegen Deutschland bietet dazu trotz aller Schwächen der Klage die passende Gelegenheit. Wir werden sehen, ob das Gericht sie nutzen will.

* * *

"Warum steht sie noch?" Tagesschau drängt den Geheimdienstchef Budanow zu Anschlägen auf Krim-Brücke

<https://freedert.online/meinung/202105-warum-steht-sie-noch-tagesschau-draengt-geheimdienstchef-budanow-anschlaegen-krim-bruecke/>
10.04.2024

Die Existenz der Krim-Brücke ist der ARD offenbar ein Dorn im Auge. Jedenfalls hat die Tagesschau-Redaktion dem ukrainischen Chef für Geheimoperationen vor Augen der Zuschauer klar zu verstehen gegeben, dass sie die Brücke zerstört sehen will. Und natürlich verbreitet sie die Fake-News nach wie vor.

Von Wladislaw Sankin

Die peinliche Abhör-Affäre um die Taurus-Lieferung ist nun vergessen, zumindest bei der ARD. Am Sonntag hat die ARD eine kleine hauseigene Kampagne für die Lieferung der deutschen Marschflugkörper und die Zerstörung der Krim-Brücke betrieben – schon wieder möchte man sagen.

"Der Militärgeschäftschef hofft, dass sich die Ukraine auf Deutschland verlassen kann – und er hofft auf Taurus", schrieb der Leiter des ARD-Studios in Kiew, Wassily Golod, am Montag auf X. Am vorherigen Tag ging sein Exklusiv-Interview mit dem Chef des besagten Dienstes, Kirill Budanow, ins Netz. Der Journalist ist stolz auf das Gespräch – es werde von einem US-Think-Tank zitiert!

Auch auf etwas anderes kann Golod stolz sein. Er konnte dem sagenumwobenen Geheimdienstchef von GUR eine Botschaft aus Deutschland überbringen – wir warten sehnlichst darauf, dass die Krim-Brücke in Kertsch zerstört wird. Als das Gespräch auf Angriffe im russischen Hinterland kommt, fragte der Korrespondent:

"Auch die Krim-Brücke ist eines ihrer Ziele. Warum steht sie noch?"

Budanows Antwort ist wie immer knapp und ausweichend: "Die Brücke wird schwer bewacht und verteidigt. Aber alle arbeiten an diesem Thema." Golod gibt nicht nach:

"Wird sie am Ende des Jahres noch stehen?"

Budanow ist aber nicht leicht zu knacken: "Warten wir ab und sehen, was passiert". Zwei ukrainische Anschläge auf die Krim-Brücke gab es schon. Bei dem ersten wurden fünf Menschen getötet und die Brücke blieb für mehrere Monate teilweise gesperrt, bis sie nach 209 Tagen Reparatur wieder vollständig in Betrieb genommen werden konnte.

Optimistisch war der Ton des Gespräches nicht, denn es ging hauptsächlich darum, ob und wie lange die Ukraine mit ihrem Mangel an Menschen und Waffen dem Abnutzungskrieg gegen den viel stärkeren Gegner standhalten kann. Objektiv kann sie ihm nicht standhalten und selbst der als

König der Desinformation bekannte Budanow konnte dem deutschen Vertreter keine Hoffnung machen.

Keine Hoffnung, aber trotzdem – der Journalist munterte einen Sabotage-Akteur zu einem Anschlag auf und nahm damit sinnlose Opfer in Kauf, denn die Brücke wird hauptsächlich vom zivilen Verkehr genutzt. Findet der Anschlag statt, werden wieder unschuldige Menschen sterben, Russland wird die Brücke wieder reparieren und schnellstmöglich in Betrieb setzen und das alles so lange, bis der heiße Krieg zu Ende geht.

Heutzutage stellt dieses Verhalten in Deutschland keinen Skandal mehr dar. Wir sind daran gewöhnt, dass die Medien keine Korrektur der Mächtigen mehr sind, sondern selbstständige Akteure, die diese Mächtigen auch noch zu Aggressionen anstiften.

In Kiew war die Szene besonders bizarr. Da stiftete die ARD diejenigen zu Bluttaten an, die ohnehin von Berufs wegen blutige Mörder sind. Denn Budanow gesteht ab und zu prahlerisch ein, in der Vergangenheit gemordet zu haben und auch in Zukunft morden zu wollen. Im Mai, als Budanow zum Mord an der russischen Philosophin und Politaktivistin Darija Dugina befragt wurde, sagte er:

"Alles, was ich dazu sagen kann, ist, dass wir Russen getötet haben und weiterhin überall auf der Welt Russen töten werden, bis zum vollständigen Sieg der Ukraine".

Ein appetitlicher Zeitgenosse, ganz nach eurem Geschmack, nicht wahr, ARD? Man kann als Journalist auch mit Terroristen Interviews führen, vorausgesetzt, man setzt sein Publikum vorher in Kenntnis, mit wem man es zu tun hat. Dass der ukrainische Geheimdienstchef in Russland als Terrorist angesehen wird und auch für die Deutschen für seine blutigen Methoden zumindest als zwielichtige Person betrachtet werden sollte, erfährt der ARD-Zuschauer nicht.

Stattdessen muss der ARD-Zuschauer mitansehen, wie ein deutscher Journalist sich bei einem Terror- und Sabotagechef anbiedert. Missverständnis? Nein! Methode! Die ARD weiß, was zu tun ist. Der wichtigste deutsche Sender betreibt Kriegspropaganda systematisch und konsequent. Besonders gewieft ist die ARD beim Krieg der Bilder. Im Vorspann zum Budanow-Beitrag setzt sich die Moderatorin vor ein riesiges Kraterbild mit einer zerstörten Einkaufsmeile im Hintergrund.

So setzt die ARD eindrucksvoll auf Zerstörungsbilder, die allerdings keine sind. Der Krater ist auf dem Bild nur deshalb entstanden, weil an dessen Stelle ein ukrainischer Mehrfachraketenwerfer stand, der auf das russische Belgorod schießen könnte. Mitten im Wohngebiet im nördlichen Charkow. Jedoch sind die Russen dem Beschuss mit einem Präzisionsangriff zuvorgekommen – RT DE berichtete.

Die ARD setzt auf Fakes gegen Russland, bejubelt RT-Sperren und biedert sich bei einem ukrainischen Terror-Koordinator an, und das tut "Das Erste" auch noch mit unschuldiger Miene. Dabei betreibt der Sender immer noch ein Büro in Moskau und darf auch von dort aus seine Lügen ungehindert verbreiten, z. B. darüber, dass Belgorod "weiß nicht von wem" beschossen wird (Ina Ruck) – natürlich meint sie, von den Russen selbst. Manchmal möchte man fragen – befindet Deutschland sich bereits im Krieg mit Russland?

Wenn ja, dann sollten sich Journalisten wie der ARD-Korrespondent Wassily Golod auch als Erste zum Wehrdienst melden. Direkt in der Ukraine, dem einzigen Land, das derzeit mit Russland im Krieg ist. Ein Medien-Bataillon – das klingt ganz stolz! Während sie dort verheizt werden, besteht hierzulande für Medien zumindest die Chance, von der überschüssigen Kriegslust gereinigt zu werden.

* * *

Genozid-Prozess in Den Haag und deutsche Werte: Was bleibt vom Einheitsversprechen?

<https://freedert.online/meinung/202090-genozid-prozess-und-deutsche-werte/>

11.04.2024

Gut dreißig Jahre nach der Wiedervereinigung wurde Deutschland wegen Beihilfe zum Genozid angeklagt. Alle Befürchtungen der Gegner der Einheit sind wahr geworden. Mit seinem Konfrontationskurs gegen Russland vergrault Deutschland den einzigen, vorbehaltlosen Unterstützer eines geeinten Deutschlands.

Von Gert Ewen Ungar

Nicaragua hat Deutschland wegen Beihilfe zum Genozid vor dem Internationalen Gerichtshof (IGH) in Den Haag verklagt. Israel geht mit äußerster Brutalität gegen die Menschen in Gaza vor. Das Land beruft sich nach einem Anschlag der Hamas am 7. Oktober 2023 auf das Recht auf Selbstverteidigung. Deutschland folgt der Argumentation, obwohl es sich bei dem Terroranschlag nicht um einen äußeren Angriff auf den Staat Israel, sondern um einen Akt des inländischen Widerstands handelte. Israel hält palästinensische Gebiete illegal besetzt. Mit der Begründung des Rechts auf Selbstverteidigung zerstört Israel in Gaza zivile Infrastruktur, setzt Hunger als Waffe ein und hat inzwischen mehr als 33.000 Menschen getötet, der Großteil davon Frauen und Kinder. Deutschland liefert Israel Waffen und bekennt sich zu einer bedingungslosen Solidarität. In den Jahren 2022 und 2023 war Deutschland für knapp die Hälfte aller Waffenimporte Israels verantwortlich.

Deutschland ist daher nun wegen Beihilfe zu Völkermord vor dem höchsten UN-Gericht angeklagt. Das offizielle Deutschland lässt dieser bedrückende Umstand weitgehend kalt. Die großen deutschen Medien wiegeln ab. Die *Tagesschau* meint allem Anschein nach, der Hinweis, Nicaragua sei ein autoritär geführtes Land, reiche zur Entkräftung der Vorwürfe. Der *Tagesspiegel* lässt einen Experten zu Wort kommen, der eine Verbindung zu Russland behauptet und darin die eigentliche Motivation für die Klage Nicaraguas sieht. Das Auswärtige Amt meldet auf X, Deutschland könne gar nicht gegen das Völkerrecht verstoßen, weil sich Deutschland für das Völkerrecht einsetze. Nachrichten aus dem Land der Dichter und Denker.

[Screenshot]

verstoßen, weil sich Deutschland für das Völkerrecht einsetzt.

In ihrer Rede vor dem höchsten UN-Gericht trägt die deutsche Diplomatin Tania Freiin von Uslar-Gleichen wenig an Substanz und vor allem wenig an Entlastendem vor. Sie wiederholt im Kern, Deutschland würde sich zum Völkerrecht bekennen. Zudem habe Israel das Recht auf Selbstverteidigung. Ohne dem Urteil des Gerichts vorgreifen zu wollen, ist festzuhalten, dass Deutschland keine entlastenden Argumente vorgetragen hat.

Die Klage gegen Deutschland soll für einen Moment Anlass sein, darüber nachzudenken, was etwas mehr als dreißig Jahre Wiedervereinigung der Welt an Vorteilen gebracht haben. Im Einigungsvertrag zwischen den beiden deutschen Staaten und den Alliierten bekennt sich das geeinte Deutschland dazu, dass von deutschem Boden nur Frieden ausgeht. Frieden dauerhaft in Europa zu sichern, ist das Ziel, das geopolitisch mit der deutschen Einigung verfolgt wurde. Stattdessen ist der Krieg nach Europa zurückgekehrt und Deutschland hat daran maßgeblichen

Anteil, auch wenn man das im politischen und medialen Establishment in Deutschland vehement leugnet. Deutschland ist an der Zielsetzung der Wiedervereinigung nicht nur gescheitert, sondern hat sie aktiv sabotiert.

Deutschland hat sich 1999 am völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen Jugoslawien beteiligt. An der Eskalation hin zum Krieg in der Ukraine hatte Deutschland mit der Sabotage von Minsk 2 maßgeblichen Anteil. Berlin setzt in diesem Konflikt ausschließlich auf eine militärische Lösung, lehnt Diplomatie ab und hält am den Krieg auslösenden Grund fest: der Aufnahme der Ukraine in die NATO. Nun kommt zu alledem die Unterstützung von Völkermord hinzu.

Sowohl in der Ukraine als auch in Israel unterstützt die Bundesregierung rechte Regime, die sich zu ihrer Genozid-Absicht offen bekennen. Regelmäßig erkennt Deutschland legitime, gewählte Regierungen nicht an, wenn deren politische Agenda nicht mit der Ideologie Berlins übereinstimmt. Um genehme Regime an die Macht zu bringen, mischt sich Berlin seit langem in die inneren Angelegenheiten anderer Länder ein und verstößt mit Einmischung und Nichtanerkennung gegen Grundprinzipien der UN-Charta. Deutschland stationiert inzwischen Truppen im Baltikum in unmittelbarer Nähe der russischen Grenze – ein offener Vertragsbruch. Diese Liste deutscher Verstöße gegen internationales Recht und die vertragliche Grundlage der Einheit ließe sich noch lange fortsetzen.

Klar geworden sollte sein: Mit jeder ihrer Handlungen verstößt die Bundesregierung gegen den Geist und den Wortlaut des Einheitsvertrags und andere bestehende internationale Verträge. Deutschland dient nicht dem Frieden, sondern ist erneut ein hoch aggressiver Staat, der nach Herrschaft und Dominanz strebt, sich dabei an Recht und internationale Vereinbarungen nicht gebunden fühlt. Die heute von Deutschland vor dem IGH vorgetragene Behauptung, das Land habe aus seiner Geschichte gelernt, steht im eklatanten Widerspruch zum politischen Handeln der Bundesregierung nach innen wie nach außen.

Denn auch innenpolitisch herrscht in Deutschland ein zunehmend repressives Klima. Eine breite Koalition aus etablierten Parteien will gemeinsam mit den ebenso etablierten Medien die Opposition verbieten, setzt auf Zensur, Einschränkung von Presse-, Informations- und Meinungsfreiheit. Ziel ist die Gleichschaltung der Narrative. Willkürliche Setzungen werden den Deutschen als vermeintlich internationaler Konsens vorgegaukelt. Dass Russland die Ukraine anlasslos überfallen hat, ist eine dieser Setzungen, die sich nur dann behaupten lassen, wenn andere, gut begründete Sichtweisen auf den Ukraine-Konflikt aus dem Diskurs ausgeschlossen werden.

Mit einem umfassenden System aus Zensur, zentraler Koordination der Medien und öffentlicher Diffamierung anderer Positionen ist eine Verengung des Diskurses in Deutschland erneut gelungen. Ein Nebeneffekt dieser Zensur ist, dass politische Talkshows und Diskussionen und in der Folge auch Unterhaltungen mit Deutschen, die sich für politisch gebildet sowie gut informiert halten, oftmals überaus provinziell, geradezu hinterwäldlerisch anmuten. Die Meinung deutscher Medienkonsumenten muss zwangsläufig grob, undifferenziert und in bloßem Schwarz-Weiß steckenbleiben. Sie verfügen über keine anderen Informationen. Deutschland ist erneut im Zustand geistiger Schlichtheit angekommen.

Wovor man in Deutschland gut behütet wird, ist der Blick von außen. Das Ausland ist schockiert. Namibia, einstmals deutsche Kolonie und als Nation Opfer von deutschem Völkermord, ist entsetzt darüber, dass Deutschland erneut Genozid unterstützt. Von Mitgliedern des UN-Menschenrechtsrates wird der in Deutschland herrschende Rassismus und die soziale Ungleichheit verurteilt.

Dass von Deutschland kein noch so hauchzarter Impuls für eine Verhandlungslösung in der Ukraine

kommt, nimmt man mit großer Sorge gerade angesichts der deutschen Geschichte und der mit dem Einheitsvertrag eingegangenen Verpflichtung, einen Beitrag zum Frieden zu leisten, weltweit zur Kenntnis. Nur in Deutschland nimmt man nicht zur Kenntnis, dass der deutsche Vertragsbruch überall zur Kenntnis gelangt.

Dort ergeht man sich stattdessen in bauernschlauer Argumentation, warum man durch Waffenlieferungen nicht zur Kriegspartei wird und trotz der Ablehnung von Diplomatie und einer damit verbundenen Verlängerung des Krieges mit immer höheren Opferzahlen auf der Seite des moralisch Guten steht. Das tut Deutschland nach internationaler Auffassung längst nicht mehr. Die Klage vor dem IGH ist Ausdruck dieses geänderten Blicks auf das Land. Nicaragua hat breite Unterstützung für die Klage gegen Deutschland. Zu einer Unterstützung Deutschlands hat sich hingegen bisher kein Land bekannt.

Faktisch werden dreißig Jahre nach der Wiedervereinigung die schlimmsten Befürchtungen ihrer Gegner wahr. Großbritannien fürchtete sich vor einem wiedererstarkten Deutschland ebenso wie Frankreich. Margaret Thatcher glaubte nicht daran, dass Deutschland die richtigen Lehren aus seiner eigenen Geschichte gezogen hat. Sie hatte recht. Auch Frankreich blickte skeptisch auf die Einheit. Den USA wiederum ist die Wirtschaftsmacht Deutschlands ein Dorn im Auge.

Das einzige Land, das bisher vorbehaltlos zur deutschen Einigung stand, war Russland als Nachfolgestaat der Sowjetunion. Diesen Rückhalt verspielt Deutschland gerade gründlich. In Russland wird diskutiert, ob und inwieweit der 2+4-Vertrag noch Gültigkeit besitzt.

In Europa werden die Grenzen neu gezogen. Das ist eine Tatsache. Über diesen Prozess kann man sich moralisch empören, er ist aber Resultat der Preisgabe des Konzepts der kollektiven Sicherheit. An der Erosion des Konzepts war und ist Deutschland mit seiner Missachtung des Einheitsvertrages aktiv beteiligt. Der Prozess der Neuordnung Europas wird so lange anhalten, bis eine neue, stabile Ordnung gefunden wurde. Dass Deutschland hiervon verschont bleibt, ist angesichts der jüngsten Vergangenheit nicht selbstverständlich. Die vergangenen dreißig Jahre liefern eine ganze Kette von Argumenten, warum Europa mit einem geteilten Deutschland ein besserer, ein sicherer und vor allem friedlicherer Ort wäre.

* * *

Diese Auswahl von Texten, die RT DE im April 2024 veröffentlicht hat, enthält außer den Links zu den jeweiligen Erstveröffentlichungen der Beiträge auf RT DE keine weiteren Verlinkungen zu Quellen oder anderen Materialien. Solche Verweise sind lediglich in der betreffenden Online-Version des jeweiligen Artikels vorhanden.

© Autonome gemeinnützige Organisation "TV-Novosti", 2005–2024. Alle Rechte vorbehalten.